

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 8 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 9

Sonntag, den 2. März

1913

Junkertum und Arbeiterschaft.

Die grenzenlose Mißachtung und Herabwürdigung der Arbeiter, die von den feudalen Herrschaften in Ost- und Westpreußen als Arbeitstiere angesehen und mißhandelt werden, kam wieder zum Ausdruck auf dem Sammelplatz der Agrarier, als sie in Berlin ihre jährliche Parade abhielten. Im Zirkus Busch in Berlin ist schon manche arbeitserfindliche Rede geschwungen worden, aber selten ist der Haß gegen die organisierten Arbeiter so brutal zutage getreten, wie diesmal.

Es ist die ohnmächtige Wut darüber, daß die Arbeiter politisch selbständig auftreten und mit wachsender Kraft der Junkerherrschaft im deutschen Reich entgegenzutreten. Mancher Junkerfreudling ist mit den Arbeiterwählern bei den Reichstagswahlen unterlegen, es sind sogar Arbeiter selbst gegen Junker gewählt worden. Das heißt Mache. Dazu kommt noch, daß diese begehrlichen, nimmermüden Arbeiter sich erfreuen, einige Bettelpfennige mehr Lohn zu fordern und sogar Streiks in Szene setzen, wenn die geforderten lumpigen paar Pfennige nicht gezahlt werden. Und sie wagen sogar, Arbeitswillige, Streikbrecher zu überreden, von ihrem verräterischen, brudermörderischen Vorgehen abzusehen, den Streikenden nicht in den Rücken zu fallen, sich nicht mißbrauchen und unmenschlich ausbeuten zu lassen. Sie stellen — unerhört! — Streikposten auf, die in diesem Sinne wirken und bereiten dadurch den Ausbeutern allerhand Schwierigkeiten. Solches Mißverhalten muß an Leib und Leben gestraft werden. Zucht- und Ausnahmegeetze her! — heult es aus den Junker Reihen im Reichstage, im Zirkus Busch, wie aus ihrer Presse.

Und da nun im Reichstage das Verlangen nach einem Verbot des Streikpostenstehens keine Mehrheit fand, schämt der Junkertrödel auf und droht mit schrecklicher Selbsthilfe. Ein Jammerruf ist die Resolution, die her junckerlichen Denkart im Zirkus Busch Ausdruck verleiht, und in der es unter anderem hieß:

„Mit Sorge aber erfüllt uns der Gang der inneren Politik des Reiches. Wir sehen, wie die Demokratisierung auf fast allen Gebieten der Gesetzgebung und des öffentlichen Lebens Fortschritte macht, wie der größte Teil des Liberalismus im Kampfe gegen rechts, im Dschin nach der Kunst der Massen, und dabei — oft im Gegensatz zu seiner eigenen besten Vergangenheit — mehr und mehr demokratische Forderungen aufnimmt, womit er lediglich der Sozialdemokratie Vorpaan leistet. Wir sehen, wie unsere Regierungen die Gefahren dieser Entwicklung nicht deutlich zu erkennen scheinen, es nicht gewahrt werden, daß die Sozialdemokratie zusehends einen Staat im Staate bildet und mit ihrem Terrorismus eine Position nach der anderen erobert: im wirtschaftlichen Leben, in Stellungen, Ämtern und Mandaten.“

Demgegenüber fordern wir die gesamte Landwirtschaft, die bürgerlichen Mittelstände und die national geführte Arbeiterschaft nachdrücklich auf, sich zur Selbsthilfe gegen die Sozialdemokratie in der Politik und im bürgerlichen Leben zusammenzuschließen.“

Klar und deutlich klingt aus diesen Sätzen, daß nur die organisierte Arbeiterschaft von den feudalen Reaktionen gefährdet wird. Nur die Arbeiter sind nämlich imstande, der Junkerherrschaft ein Ende zu bereiten, nur ihre Aufklärungsarbeit schreckt die Junker. Ohne jedwede Bemerkung sprach das der rabiatesten einer, der bekannte Herr v. Oldenburg in einer Rede aus, deren Höhepunkt eine maßlose Beschimpfung der Arbeiter war. Nach dem sicherlich gemilderten Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ sagte Junker Oldenburg:

„Ich kann es nicht verstehen, daß die bürgerliche Gesellschaft mit ansehen, wie ein gewaltiger Teil unseres deutschen Volkes systematisch aufgebracht und verdorben wird. Aber wenn Sie heute so etwas äußern, dann gelten sie ja als rücksichtslos, das ist noch ein milder Ausdruck. Die einzigen, die mir in letzter Zeit imponiert haben, sind die Engländer gewesen; die haben die Courage gehabt, auf demjenigen Wege, der die Zuhälter vom Halbe zu schaffen, auf dem es allein möglich ist, Andauernder lebhafter Beifall. Wenn Sie das bei uns versuchen sollten, dann bekommen Sie, wie ich ja bei dem Streikpostenstreiken herausgestellt hat, eine ganz verschwindende Minorität dazu im Reichstage, die diesem Gedankengange folgt. Das ist ein Produkt der Furcht vor der öffentlichen Meinung und die Furcht ist noch niemals ein richtiger und guter Ratgeber gewesen. (Beifall.) Ich gebe also der Hoffnung Ausdruck, daß das preussische Wahlrecht so gelassen wird wie es ist.“

Für Zuhälter ist in England die Prügelstrafe eingeführt. Herr v. Oldenburg stellte die deutschen Arbeiter auf die gleiche Stufe mit den englischen Zuhältern und möchte außer dem Zuchthausgefeß die Prügelstrafe für Streikposten eingeführt sehen. Zu seinem großen Leidwesen findet sich nur eine ganz verschwindende Minderheit, die diesem Gedankengange folgt. Diese Minderheit hat aber infolge des „elendesten aller Wahl-systeme“ für das preussische Abgeordnetenhaus in Preußen das Heft in der Hand und wirkt mit allen verfügbaren Mitteln auch auf die Reichs-gesetzgebung ein.

Dieser Sippschaft das Handwerk zu legen, muß daher Hauptaufgabe der organisierten Arbeiter sein. In diesem Jahre ist Gelegenheit gegeben, einen kräftigen Schlag gegen die Junker zu führen: Im Sommer finden die preussischen Landtagswahlen statt. Ist es unter dem Dreiklassenwahl-system auch nicht möglich, ihre Herrschaft in Preußen zu brechen, so kann doch die Arbeiterwählerschaft durch geschlossenes Vorgehen beweisen, daß die Junker nur eine „ganz verschwindende Minderheit“ im Lande hinter sich haben und ihre Herrschaft nur durch die Entrechtung der Arbeiterwähler ermöglicht wird. Darum nieder mit diesem Entrechtungs-system! Mit ihm fällt auch die Junkermacht in Preußen.

Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß infolge der Treibereien der Junker und Pfaffen, der Schwarzblauen im Reichstage eine Auflösung des Reichstages in diesem Jahre noch erfolgt. Dann müssen die Arbeiter dafür sorgen, daß bei den kommenden Reichstagswahlen die Wähler und Peiniger der Arbeiter, vor allem die Junker, kräftig ans Haupt geschlagen werden. Unvergessen soll bleiben, daß einer der Thronen der Junkerergänzung durch unerhörte Beschimpfung der Arbeiter Ausdruck gab, Zuhälter und Arbeiter auf gleiche Stufe stellte und der Rohheit der Prügelstrafe für Arbeiter das Wort redete. Man versteht es nach solchen Ausbrüchen, daß die Junker und ihre Werkzeuge auf dem Felde mit der Reichstags-„ihren“ Arbeitern stehen; man versteht die Rohheiten, die nun Junkern gegen ländliche Arbeiter verübt werden, wenn man die bodenlose Mißachtung ins Auge faßt, die in der Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch gegen die organisierten Arbeiter geäußert wurde.

Wagt man es, den organisierten Arbeitern, die sich gegen Junkerübermut und Ausbeuterpraktiken zu wehren wissen, mit dem Zuchthaus und dem Prügelstock zu drohen, wie mag es da wohl um die „Selbsthilfe“ stehen, die Junker ihrem „Gesinde“ gegenüber in Anwendung bringen. Aber es beginnt auch unter den ländlichen Arbeitern zu tagen. Und diesen unseren Arbeitbrüdern Klarheit über ihre Lage zu geben, sie zu selbständigen Handeln anzuregen, sie zum Widerstand gegen ihre Ausbeuter aufzufordern und zu stärken, das muß die Aufgabe der bereits organisierten Arbeiter sein. Ein ausgezeichnetes Agitationsmittel hierzu hat uns der Junker Oldenburg durch seine Rede geliefert, in der er Arbeiter mit Zuhältern verglich.

Es ist zwar eine Schande, daß ein sogenannter „Edelster“ in unserer Zeit ungestrast eine derartige Beschimpfung gegen die Arbeiter schleudern darf, aber diese Beschimpfung wird zur Ehre für die Arbeiter, die sich mit den ihnen zu Gebote stehenden geistlichen Hilfsmitteln solcher „edelsten“ Elemente zu entledigen wissen. In Preussischen Landtage dominierten zwar noch diese geläuterten Junkerstützer, im Reichstage dürfen sie nie mehr auftreten — dafür haben die Arbeiter zu sorgen.

Unternehmer-Hetze.

Obgleich der Reichstag vor kurzem mit großer Mehrheit die konservative Resolution auf Verbot des Streikpostenstehens abgelehnt hat, hört die Unternehmerhete zur Beseitigung des Koalitionsstreiks der Arbeiter nicht auf. Die Unternehmer fleiden diesen Wunsch allerdings in die Forderung auf vermehrten Schutz der Arbeitswilligen. Das klingt dann so, als ob ihnen nur die Sorge um das Arbeitslücken einzelner Individuen am Herzen liege. Aber an den Arbeitswilligen liegt den Unternehmern ja nichts; müssen sie doch oft genug selbst die unangenehmsten Erfahrungen an diesen Vertretern der Arbeiterschaft machen. Die Arbeitswilligen sind den Unternehmern nur die Mittel zum Zweck der Niederhaltung der ganzen Arbeiterklasse.

Dies trat auch deutlich in den Debatten des Deutschen Handelstages, der Versammlung der deutschen Handelskammern, über deren Arbeitswilligenschutz zutage. Der Erörterung lag folgender Antrag zugrunde:

„Der Deutsche Handelstag hat auf Grund der von ihm bei seinen Mitgliedern veranstalteten Umfrage die Ueberzeugung gewonnen, daß den Uebelständen bei Streiks im wesentlichen zu begegnen und die Arbeitswilligen nicht ferner dem Terrorismus der Streikenden in bisheriger Weise auszuweichen, ein ausgedehnteres und schnellerer Schutz der Arbeitswilligen auf gesetzlichem Wege zu schaffen sei.“

Kommerzienrat Weber (Gera) forderte den Zusatz: „Er steht in einem Verbot des Streikpostenstehens das wirksamste Mittel dazu und spricht

sich dafür aus, daß ein solches Verbot baldigst erlassen werden wird.“

Von mehreren Rednern — auch einzelne Kammern hatten sich vorher dahin ausgesprochen — wurde aber dieser Ruf abgelehnt. Ein solches Verbot sei überflüssig, weil die Streikposten am wenigsten einen Terrorismus ausübten. Wenn man auch die Streikposten verbiete, die gesellschaftliche Nichtachtung der Streikbrecher könne man nicht hindern. Nicht weil die Forderung des Zusatzantrages den Unternehmern zu weit geht, wurde er schließlich abgelehnt, sondern weil er ihnen zu offen die arbeitserfindlichen Pläne ausspricht, ohne doch den genügenden Erfolg zu bieten. Der Kommerzienrat Denssen (Krefeld) verwies darauf, daß ja die Justiz sehr schnell und wirksam arbeiten könne, wie die Erfahrungen im Ruhrrevier zeigten — für Kommerzienrat Dr. Neuenhau Mont (Köln) wurden allerdings die staatlichen Machtmittel noch nicht frühzeitig genug in aller Schärfe angewendet. Solch eine schärfere Handhabung der bestehenden Gesetze und eine promptere Justiz sei nun für alle Fälle zu fordern.

Noch ein anderes Bedenken hatten einzelne Redner gegen die Forderung des Streikpostenverbots, und zwar die Furcht, das Verbot könne den Unternehmern selbst gefährlich werden. Bekanntlich wenden die Unternehmer gegeneinander die schärfsten Mittel an, um der Anschluß eines Nebenwettbewerbers zu erzwingen. Geschäftlicher und gesellschaftlicher Boykott, Bewachung durch Streikposten und Spitzel sind unter den Schutzherren der Arbeitswilligen ganz übliche Kampfmittel. Kommerzienrat Weber (Gera) sprach demgegenüber allerdings offen aus, daß man nicht so ängstlich zu sein braucht, daß die Gesetze nun auch gegen Unternehmer angewandt werden könnten. Aber die Mehrzahl der Vertreter schien diese Beschränkung doch noch zu hegen, denn sie zwangen Weber zur Annahme seines Zusatzantrages. Man warnte sich gegenseitig, ja nicht der Sozialdemokratie noch mehr Agitationsstoff zu liefern und begnügte sich mit dem Appell an die Regierung und ihre Justiz.

Die Handelskammervertreter, die sich sicher zu den Liberalen zählen, treten auch hier wieder an die Seite der Unternehmer. Das zeigt deutlich die Gefahr, die der Arbeiterklasse von dieser Seite droht. Mögen auch die Liberalen hinsichtlich mit dem Zentrum den Antrag auf Erlaß eines Streikpostenverbots abgelehnt haben, eine Sicherheit ist damit keineswegs gegeben, daß der Arbeiterklasse das geringe bestehende Maß von Koalitionsfreiheit erhalten bleibt. Nicht nur die ausgesprochen reaktionären Parteien setzen alle Hebel in Bewegung, um die Arbeiter niederzuhalten. In den Reihen der Liberalen leben nicht weniger starke Kräfte, die den Arbeitern den Rest von Bewegungsfreiheit zum Kampfe gegen die Macht des Unternehmertums rauben wollen. Was es sich um Arbeiterfragen handelt, steht eben dem Proletariat die gefährliche Phalanx des Bürgerturns gegenüber.

Für den sozialpolitischen Geist des Deutschen Handelstages recht charakteristisch war auch die Annahme einer Resolution auf Minderung des Arbeiterinnenens. Die leider schon getroffenen Ausnahmebestimmungen, die eine Verlängerung der Maximalarbeitszeit unter gewissen Verhältnissen zulassen, will der Handelstag noch mehr zumungunsten der Arbeiterinnen ausgedehnt wissen.

Reichstagsbrief.

Der Postetat, der ein lebendiges Bild des Fortschritts darstellen sollte, statt dessen eine geistlich fest gehaltene Stabilität aufweist, gibt ein drastisches Beispiel für die Schwierigkeiten, die wirklich fortschrittlichen Bestrebungen in Deutschland bereitet werden. Für die Regierung wie für die bürgerlichen Parteien ist es gleichermaßen bezeichnend, daß ein verknöchertes Bureauplatz, wie der Staatssekretär Krätke, viele Jahre einem Hauptverkehrsamt, wie der Post, vorstehen kann.

Freilich, ein Umstand erklärt alles: Krätke ist ein gefügiges Werkzeug, das sich jederzeit zur Witterung des Molochs Militarismus verwenden läßt. Dieser Staatssekretär ist darauf brosiert, immer höhere Ueber-schüsse aus dem Postverkehr herauszupressen, damit sie dann dem Moloch in den Rücken geworfen werden können. Natürlich steht die Ueberwachungs-wirtschaft im Gegensatz zu dem Verlangen des ganzen Volkes; der Postverkehr immer leichter und billiger zu gestalten, alle technischen Hilfsmittel in den Dienst des Postverkehrs zu stellen, der eigentlich ein Abbild unserer Kultur-entwicklung sein soll. Aber wie oft auf Erleichterungen, z. B. im Fern-sprechverkehr, hingebungen wurde, inwiefern vermies demgegenüber der Postgewaltige stets auf die höheren Kosten, die dies verursachte und verhielt sich meistens ablehnend.

Viel mehr tritt das noch hervor, wenn im Reichstage bessere Behandlung und Befolgung der Postunterbeamten verlangt wurde. Lieber nimmt Herr Kräfte den Vorwurf einer „nachgeordneten Stelle“ auf sich, soweit seine Unterwürfigkeit gegenüber dem Fiskalismus in Betracht kommt, oder eines Paschas, sobald es die Behandlung seiner Untergebenen betrifft, statt den berechtigten Wünschen nach besseren Einrichtungen und höheren Gehältern für die Unterbeamten nachzugeben.

Diese unerschütterliche Erscheinung ins rechte Licht zu setzen, war als erstem Redner bei der diesjährigen Beratung des Postetats unserm Genossen Ebert zugefallen, der denn auch in energischer Weise Front gegen diese Wirtschaft machte. Er hielt dem Staatssekretär vor, daß seine Prohibitivpolitik weit, weit ab von einer vernünftigen Sozialpolitik liegt; daß die Kleinlichkeiten in unserm Postverkehr von aller Welt verachtet und verspottet werden; daß seit Stephens Ausscheiden aus dem Reichsdienst kein jenseitigprechender Aufschwung in technischer, sozialer und auch politischer Beziehung in dem großen Verkehrsinstinkt zu verzeichnen sei. Alles sei kleinlicher Behandlung ausgesetzt, anstatt daß mit weitem Blick und großzügiger Handlung dem Weltverkehr gedient werde. Und ebenso scharf geißelte er den Terrorismus, der den Unterbeamten gegenüber geübt wird, die man geradezu zu nationalsozialistischer Hencherei zwingt. „Bei Hungerlöchern“ — scholl es dem Postpascha dazu aus dem Hause entgegen.

Auch die nachfolgenden bürgerlichen Redner hatten manches an der Tätigkeit des Staatssekretärs auszuweisen, aber es fehlt den bürgerlichen Parteien an der nötigen Energie, sonst wäre Herr Kräfte bald klein zu kriegen. Sie alle sind nämlich einverstanden mit der Herauspressung hoher Ueberschüsse, weil sie alle militärischen Forderungen mit Hurrah bewilligen.

Noch einmal mußte im Laufe der Woche der Staatssekretär eine volle Schale ährender Kritik über sich ergehen lassen, als Genosse Zubeil in einer dreistündigen Rede Berge von Beschwerdematerial aus Postbeamtenkreisen vorbrachte und daran die kleinlich-klägliche Art der Behandlung der Unterbeamten nachwies. Fast während schleuderte Herr Kräfte unserm Genossen entgegen, die Postbeamten würden immer noch besser bezahlt als die Angestellten in sozialdemokratischen Konsumvereinen. „Aber er mußte sich dafür sagen lassen, daß er damit nicht die Wahrheit gesagt habe. Genosse Roske wies außerdem darauf hin, daß die geringen Erhöhungen der Gehälter der Unterbeamten erst auf das jahrelange Drängen der Sozialdemokraten im Reichstage erfolgt seien, daß sie aber winzig seien und nicht genügen.“

Dann gab es noch ein schmerzliches Ereignis für den Staatssekretär. Bekanntlich hat er die Post in den Dienst der preußischen Germanisierungspolitik in den polnischen Provinzen gestellt und zu dem Zwecke die „Ostmarkenzulagen“ im Etat ausgeworfen. Dazu ist Geld da, aber die Sozialdemokraten verlangten, will Herr Kräfte nicht gewähren. Auch eine Illustration, zu welchen Zwecken das Hauptverkehrsministerium des Reichs ausgenutzt, richtiger mißbraucht wird.

Nun hat das Zentrum gegenwärtig einen „kleinen Biege“ auf die Regierung und bereitet ihr darum allerhand Nabelstiche. So hat es sich auch auf die Ablehnung der Ostmarkenzulagen verweist, die vom Genossen Wenck als Korruptionsfonds stigmatisiert wurde. Zentrum, Polen und Sozialdemokraten bilden die Mehrheit; diese Mehrheit lehnte also den Korruptionsfonds ab, was den Postgewaltigen nicht wenig verschmüßte. Nur, daß das Zentrum dies nicht der Sache wegen, sondern aus Bosheit tat, sonst müßte es alles dran setzen, den Unterbeamten zu helfen, wie es die sozialdemokratische Fraktion wollte. Aber da verlagen die bürgerlichen Parteien trotz aller schönen Worte, die sie für Beamte machten.

Dann wurde der Etat der Reichspost genehmigt, ebenso der der Reichsdruckerei.

Lebhafte Debatten rief dann der Etat des Reichseisenbahnamts hervor; denn bei der Zersplitterung des deutschen Eisenbahnwesens, das in jedem Bundesstaat anders geartet ist, müssen eine Reihe von Uebelständen hervortreten, die fast noch schlimmer wirken, wie die Rückständigkeit im Postverkehr. Von verschiedenen Rednern wurde auf eine Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens hingedrangt, aber nur die sozialdemokratischen erklärten rund heraus, daß hier nur der Uebergang aller Eisenbahnen an das Reich helfen könne.

Gegenüber diesem Verlangen übte sich der Präsident des Reichseisenbahnamts wie ein hilfloser Greis, der nicht weiß, wo die Mittel hergenommen werden sollten für diesen Zweck, und eingeschüchtert durch den preußischen Eisenbahnminister, gar nicht daran zu denken mag, gegen die Eisenbahnwirtschaft der Einzelstaaten ein Wort zu sagen, geschweige denn dem Gedanken der Vereinheitlichung der Eisenbahnen nachzugeben.

Hier wies Stolle, der seit Jahren die Mängel im Eisenbahnwesen monierte, auf die Fehler hin, die wie beim Reichspostamt auf das Konto falscher Sparpolitik zu setzen sind. Der geringe Schutz der Wegübergänge fordert ungeheure Opfer an Menschenleben, abgesehen von anderem Schaden. Ferner rügte Stolle die Ueberbürdung des Personalpersonals. Dagegen wird jede Verbilligung der Personentariife abgewiesen. Die Verschiedenartigkeit der Gütertariife beweist allein die unhaltbaren Zustände. So bestehen zwischen Preußen und den sächsischen und süddeutschen Bahnen noch 26 verschiedene Gütertariife. Eisenfächteleien zwischen Preußen und Sachsen haben eine Hemmung des Verkehrs durch Sachsen zur Folge, unter der das ganze Wirtschaftsleben der Staaten leidet. Alles das kann behoben werden durch Uebernahme der Bahnen auf das Reich.

Nach Stolle wies noch Genosse Fischer-Hannover auf die Schäden hin, die Arbeiter durch die Verkehrsbehinderungen erleiden. Er empfahl das amerikanische Einklassensystem. Aber das würde in unserem Klassenstaat als eine Demokratisierung angesehen, die den Anfang vom Ende des Reiches bedeutete. Es ist eben äußerst

schwierig, in Deutschland vorwärts zu drängen; aber die Sozialdemokraten lassen sich im Reichstage keine Mühe verbiegen. Der Tropfen höhlt den Stein! — und die sozialdemokratische Kritik hat schon manche Veränderung zur Folge gehabt. Ob sie in den geschilderten Angelegenheiten Gehör finden wird, muß sich zeigen.

Der Etat des Reichseisenbahnamts wurde am Ende der Woche erledigt.

Rundschau.

Der Wahnsinn des Weltkriegs. Die Ankündigung der neuen Militärvorlagen, die die Regierung entgegen ihrer noch vor wenigen Monaten geäußerten besseren Ueberzeugung unter dem Druck der revolutionierenden Militärs vom großen Generalstab und den ihnen in die Hände arbeitenden bürgerlichen Parteien dem Reichstage noch vor Ostern vorlegen will, hat so gewirkt, wie sie notwendigerweise wirken mußte. Im Auslande hat man die neuen wahnwitzigen Rüstungspläne als bewußt gewollte Bedrohung des Friedens, als das Vorspiel eines Weltkrieges betrachtet, den die schwarz-weiß-roten Rüstungsheizer herbeiführen wollen, und man zieht daraus die einzige, nach kapitalistischer Logik mögliche Konsequenz: neue Rüstungen! Den Reigen eröffnet hiermit Frankreich, das sich naturgemäß am stärksten bedroht fühlen muß, und England und England werden sich nicht ausschließen. Die Chauvinisten in diesen Ländern, denen ebenso wie ihren deutschen Bestimmungsgenossen jeder Anlaß für ihre Schereien willkommen ist, sind schier aus dem Häuschen und nützen die Konjunktur gründlich aus. Aber auch die französischen radikalen Blätter, die sonst in sehr entschiedener Weise sich gegen neue Rüstungen gewehrt haben, betonen jetzt, daß es angesichts der überraschenden Rüstungspläne in Deutschland im Interesse der nationalen Unabhängigkeit Frankreichs unbedingt notwendig sei, ebenfalls alles zu tun, um die französische Armee auf gleichen Fuß mit der deutschen zu bringen. Es handle sich eben um eine Abwehr, die dem französischen Volke von Deutschland aufgedrängt werde, wenn Frankreich seine Stellung im Kongert der Weltmächte nicht aufgeben wolle. Das Resultat der hundertfältig betonten „Friedensliebe“ der deutschen Regierung ist also, daß Deutschland wieder einmal vor der ganzen Welt als frivoler, verbrecherischer Kriegsheizer, als Feind jeder ruhigen und friedlichen Fortentwicklung der Völker dasteht.

Das Mannheimer Schreckensurteil aufgehoben. In Friedrichsfeld (Kreis Mannheim) kam es im Juli 1912 anlässlich eines Streiks in der Deutschen Steinzeugwarenfabrik zu einer Schlägerei zwischen den Streikenden und den von Hamburg importierten Arbeitswilligen. Trotzdem die letzteren von ihren Revolvern reichlich Gebrauch gemacht hatten, wurden nicht diese, sondern eine Anzahl Streikende angeklagt. Am 4. Dezember vorigen Jahres wurden vom Landgericht Mannheim sechs der Angeklagten zu insgesamt 21 Jahren Gefängnis verurteilt, obwohl man ihnen nicht nachweisen konnte, daß sie sich an der Schlägerei beteiligt hatten. Dieses Schreckensurteil wurde am 17. Februar vom Reichsgericht aufgehoben. In der Reichsentscheidung des Reichsgerichts wird gesagt:

„Die Bestimmungen der Strafprozessordnung wurden verletzt, indem die protokollierten Zeugenaussagen der drei Arbeitswilligen, die vom Laborat bezogen und in der Gerichtsverhandlung nicht anwesend waren, verlesen wurden, ohne daß die gesetzliche Voraussetzung für ein solches Verfahren vorlag. Für einen der Verurteilten lag ein subjektiver Tatbestand überhaupt nicht vor. Ferner ist der § 153 der Gewerbeordnung unberücksichtigt geblieben. Dieserhalb wurde das Urteil aufgehoben, auch für die Verurteilten, die keine Revision eingelegt hatten.“

Die Reichsgerichtsentscheidung bedeutet für das Landgericht in Mannheim eine böse Niederlage. Es wird sich nun hoffentlich in der neuerlichen Verhandlung herausstellen, wo die wirklichen Schuldigen an den Vorgängen in Friedrichsfeld sitzen.

Eine Novelle zur Gewerbeordnung, welche Maßnahmen zur Bekämpfung des Unmirtneipenwesens, zur Einschränkung der sogenannten Vergnügungsplätze und der Auswüchse der Kinematographentheater bringen soll, ist dem Bundesrat bereits zugegangen.

Rückgang der Schlachtungen. Die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau für das vierte Vierteljahr 1912 zeigen gegen die gleiche Zeit des Jahres 1911 wiederum einen erheblichen Rückgang der geschlachteten Tiere. Sämtliche Viehzuchtarten sind an diesem Rückgang beteiligt; nur die Zahl der geschlachteten Bullen blieb stationär (Zunahme 0,66 Prozent). Sonst ging die Zahl der Tiere, an denen die Beschau vorgenommen wurde, zurück bei den Ochsen um 8 Prozent, bei Kühen um 7 Prozent, bei Jungkühen und Kälbern um 20 Prozent, bei Schweinen um 14 Prozent, bei Fiegen um 8 Prozent, bei Schafen um 1 Prozent. Besonders auffällig ist der Rückgang bei dem Junggrindvieh; darin liegt eine außerordentliche Gefahr für den Bestand der Rindviehzucht. Da diese Lücke nicht durch die Einfuhr angefüllt werden kann, müssen mit der Abnahme des Rinderbestandes die Preise weiter steigen. Auch die Abnahme der geschlachteten Schweine (sie betrug bei den der Trichinenschau unterworfenen Schweinen 17 Prozent) ist ein äußerst bedauerliches Zeichen für die weitere Preisgestaltung.

Eine Zunahme geschlachteter Tiere zeigte sich charakteristischerweise dagegen bei den Pferden (um 7 Prozent) und bei den Hunden (um 43 Proz.). Eines Kommentars bedarf diese Tatsache nicht!

Ein Kernspruch für Ausbeuter. In der Unterhaltungsbeilage der offiziellen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung befindet sich folgender Kernspruch von Ruskin, der gewissermaßen als Motto der gesamten Texte vorangestellt wird:

Der hat weitem größeren Teil aller Leiden und Verdrehen, die sich gegenwärtig im zivilisierten Europa finden, rührt lediglich von Leuten her, die nicht wissen, daß Lohn und Wohlstand auf ewig durch die Gehege des Himmels und der Erde mit der Arbeit verbunden ist; sondern hoffen, dieses immerwährend

Lebensgefäß auf irgend eine Weise zu umgehen oder es aufzuheben, die sich nähren wollen, wo sie keine Furchen zogen, sich wärmen, wo sie nicht wärmten.

Auch die Junker können sich diesen auf sie zutreffenden Spruch hinter den Spiegel stecken.

In die Brüche gegangene Harmonie. Vor etwa anderthalb Jahren überrasteten die Zentrumschriften und die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine die Welt mit der Nachricht, daß sie, veranlaßt durch Herrn Berlepsch, übereingekommen seien, ein freundlicheres Verhältnis zueinander herzustellen. Die beiden Metallarbeiterorganisationen der betreffenden Richtungen gingen noch einen Schritt weiter und setzten Paragraphen auf, die ihr Handeln fortan bestimmen sollten. Vertäglich wurden die „freihetlich-national“ fortschrittlichen Gewerksvereiner und die zentrümlichen Christen trotz des Vertrages nun aber keine Wege; sie verleiteten sich im Gegenteil nach dem Freundschaftstuß eher noch mehr als früher, so daß die Ringlampenvorführungen oft genug das trübliche Lachen des Publikums auslösten. Die in den Anschauungen durchaus mit den Zentrumschriften verflochtenen katholischen Arbeitervereine in Rheinland-Westfalen gingen sogar dazu über, die Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine kurzer Hand herauszuwerfen und sie damit in die religiöse Wüste zu schicken, wenn die Hirsch-Dunderschen nicht umfakeln und mit den Zentrumschriften auch die politische Zentrumsparität stützten wollten. Nun teilt der „Regulator“, das Blatt des Metallarbeiter-Gewerksvereins, endlich mit, daß der tolenen Komödie ein Ende gemacht und daß der famose Vertrag gekündigt und sofort aufgehoben wurde. Das ist in unserer humorarmen Zeit ein herber Verlust!

Nachteile der Innungsstrankenkassen. In Rudolstadt erkrankte ein Schmiedelehrling an Wucherungen im Hals und in der Nase. Das Leiden verschlimmerte sich so, daß der behandelnde Arzt die Anordnung traf, den Kranken in eine Ohrenklinik unterzubringen. Der Vorstand der Betriebskrankenkasse legte hierauf dem Vater des Lehrlings einen Revers vor, der lautete:

„An den Vorstand der Innungsstrankenkasse der Bauergewerbe Rudolstadt. Hierdurch ersuche ich, meinen Sohn, den Schmiedelehrling Willi G., zwecks Operation der Klinik Jena zu überweisen. Ich erkläre mich bereit, die hierdurch entstehenden Kosten abzüglich des meines Sohn zustehenden Krankengeldes zu übernehmen und nach Rechnungsstellung zu bezahlen.“

Da der Vater ein armer Arbeiter ist, kann er natürlich die Unterschrift nicht leisten und der Lehrling muß sich weiter mit seinem Leiden herumquälen, bis es vielleicht zu spät ist. Der Vorstand entschuldigt sein Vorgehen damit, daß die Kasse die Mittel hierfür nicht aufbringen könne, aber trotz dieser Banalotekelklärung ist die Innung auch nicht zu bewegen, die Kasse aufzulösen. Die Aufsichtsbehörden urteilen in den letzten Jahren fast immer zugunsten der Krankenkassen. Die Rechtsprechung wird am besten illustriert durch die Gegenüberstellung von zwei Entscheidungen:

Arb.-Verf. 1900 S. 425: Der Vorstand einer Kasse hat der pflichtgemäßen Anordnung des Krankenkassenarztes auf Unterbringung eines Kranken in einem Krankenhaus stattzugeben und kann hierzu durch die Aufsichtsbehörde durch Ordnungsstrafe gezwungen werden.

Arb.-Verf. 1903 S. 12: Zur Gewährung von Krankenhauspflege sind die Krankenkassen auch dann nicht verpflichtet, wenn sie objektiv notwendig ist. Wenn daher die Heilung durch die nach § 6 zustehende freie ärztliche Behandlung nicht zu erzielen ist, sondern weitere in diesen Bestimmungen nicht vorgesehene Aufwendungen hierzu erforderlich sind, so können diese Aufwendungen nicht von der Kasse, sondern nur von derjenigen Person oder Korporation beansprucht werden, welche aus etwaigen privatrechtlichen oder öffentlich rechtlichen Gründen hierzu verpflichtet sind.

Große leistungsfähige Krankenkassen gehen menschlicher vor und lassen ihre Mitglieder nicht der öffentlichen Armenpflege anheimfallen. So lange die Gesetzgebung nicht eingreift, ist die Selbsthilfe am Plage.

Ueber neue Agitationsformen der Christlichen wird uns aus dem Sächsischen Erzgebirge berichtet: Dort arrangiert die Geistlichkeit sog. Hausväterversammlungen, um die armen Erzgebirgler, die bei den Reichstagswahlen nicht so wollten wie die Geistlichkeit, für die Kirche und die „staatszerhaltende Idee“ neu zu gewinnen. Die Geistlichkeit hat erkannt, daß der wahre Hort der Reaktion die christlichen Gewerkschaften sind; demgemäß unterbreitet sie ihren Versammlungen diese Resolution:

„Die verjammelten Hausväter erkennen die Notwendigkeit an, daß die zahlreichen christlichen und nationalgesinnten Arbeiter Schutz und Stärkung finden in einer christlichen Organisation und versprechen, eine solche christliche Organisation, wie sie in der christlichen Gewerkschaft seit Jahren an vielen Orten unseres Vaterlandes in Segen wirkt, mit allen Kräften zu fördern.“

Diese neue Methode für den Dummenfang findet begreiflicherweise den begeistertsten Beifall der Unternehmer. In der Ausbeutung der Arbeitskräfte fragen sie den Neufel danach, ob einer Christ, ob Jude oder Heide ist. Ueber die „Christlichorganisierten“ sind ihnen immer die bequemsten Ausbeutungsobjekte. Aber ach, die Geistlichkeit hat mit ihren Organisationsbestrebungen bejammernswert wenig Glück.

Eingesandt.

Die Verhältnisse in der hiesigen Zigarrenfabrik von Schmidt & Sohn sind nachgerade so geworden, daß eine öffentliche Kritik nicht mehr zu umgehen ist. Herr Schmidt hat bekanntlich vor zwei Jahren eine Zigarrenfabrik neu erbaut, um seine Zigarren nicht mehr in der Hausindustrie anfertigen lassen zu müssen, weil er, wie er damals pomphaft in die Welt hinausposaunte, die Schäden der Hausarbeit voll und ganz erkannt hatte. Wie schön war es zu sehen, was er damals groß und breit in den Zeitungen gegen die Hausarbeit schrieb! In spaltenlangen Artikeln verkündete er den staunenden Delikatessen, in welcher Höhe die Delikatessen

Tabakgewerbe und Grossbetrieb.

I.

Es braucht hier weiter nicht bewiesen zu werden, daß wir uns mit unseren gesamten Produktionsverhältnissen in einer rapiden Entwicklung zur Großindustrie, zum Großkapitalismus, befinden. Je nach der Art des Gewerbes, d. h. nach der technischen Gestaltung seiner Produktionsweise, geht es hier schneller, dort langsamer. Aber auch dort, wo technische Fortschritte wenig oder gar nicht zu finden sind, beeinflusst die allgemeine Entwicklung das Gewerbe.

Es ist begreiflich, daß es uns drängte, einmal zu untersuchen, wie es im Tabakgewerbe mit der Entwicklung zum Großbetrieb, oder besser gesagt zum Großkapitalismus, steht. Das Tabakgewerbe setzt sich bekanntlich aus einer Reihe von Branchen zusammen, die hinsichtlich der Technik nur das eine gemeinsam haben, daß sie Tabak verarbeiten, während der Arbeitsprozeß ganz verschiedener Art ist. Zigarren-, Zigaretten-, Rauch-, Kan- und Schnupstabsfabrikation können nach dieser Richtung hin nicht unter einen Hut gebracht werden. Während z. B. die Maschine in der Zigarrenfabrikation kaum eine Bedeutung hat, leistet sie schon in der Zigaretten- und ebenfalls in der Rauch- und Schnupstabsfabrikation die meiste Arbeit. Demgemäß ist auch der kapitalistische Entwicklungsgang in den einzelnen Branchen verschieden, und es wäre gewiß interessant, könnten wir die Ziffern, die wir unten für das ganze Gewerbe geben, für die einzelnen Branchen spezialisieren.

Um nun die kapitalistische Bahn der Entwicklung genau verfolgen zu können, wäre eine Produktionsstatistik unter Angabe des Wertes der Produktionsmenge, gruppiert nach Betriebsgrößen, nötig, wobei wir unter Betrieb die ganzen Produktionsanlagen, also auch die Hilfsmittel, eines Unternehmens, verstanden wissen wollen. Aufschluß nach dieser Richtung könnte auch eine Statistik über das investierte Kapital, ebenfalls nach Gruppen geordnet und von Zeit zu Zeit wiederholt, geben. Derartige gibt es zurzeit aber noch nicht, so daß wir in der Unterscheidung, ob Klein-, Mittel- oder Großbetrieb, auf die Zahl der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Arbeiter angewiesen sind. Das ist nun keineswegs ein sicherer Maßstab, insbesondere nicht im Tabakgewerbe. So hat manche Firma der Zigarrenbranche ihre Produktionsanlagen in einer Reihe Ortschaften zerstreut, die dann als „Betriebe“ gelten, oder, wie in der Zigarettenbranche, eine Firma rangiert nach der Zahl ihrer Arbeiter vielleicht als ein Mittelbetrieb, obgleich sie unter Zuhilfenahme von Maschinen mehr produziert, auch eines größeren Anlagekapitals bedarf, als eine Firma, die, weil vielleicht nur Handarbeit gemacht wird, eine größere Schar Arbeiter beschäftigt. Abgesehen von der Dezentralisation der Anlagen könnte in der Zigarrenbranche die Einteilung in Klein-, Mittel- und Großbetriebe nach der Zahl der beschäftigten Personen zu zuverlässigen Schlüssen verwertet werden, denn, wie schon gesagt, die Herstellungsweise der Ware ist technisch im Groß- und Kleinbetrieb nach derselben, obgleich hier und da vielleicht eine Wickelmaschine arbeitet.

Wollen wir über die Entwicklung des Tabakgewerbes zum Großbetrieb Untersuchungen anstellen, so müssen wir uns zunächst an die Ergebnisse der Gewerbezahlungen halten, wie sie das Reich 1882, 1895 und 1907 veranfaßt hat. Da ergibt sich denn, daß von je 100 Betrieben waren

	Kleinbetriebe	Gehilfenbetriebe
1882	54,0	46,0
1895	56,8	43,2
1907	53,3	46,7

Danach ist von 1895 bis 1907 ein relatives Sinken der Kleinbetriebe zu bemerken.

Auf einen Betrieb überhaupt kommen 1882 7,4 Beschäftigte; es zeigt sich eine langsame Steigerung auf 7,9 im Jahre 1895 und auf 8,0 im Jahre 1907. In je einem Gehilfenbetriebe wurden durchschnittlich beschäftigt im Jahre 1882 15,0, 1895 jedoch 17,0 1907 aber 16,8 Personen. Die relative und absolute Vermehrung der Gehilfenbetriebe hat, da die Zahl der Beschäftigten nicht in gleicher Weise stieg, eine kleine Verminderung der im Durchschnitt auf den einzelnen Gehilfenbetrieb entfallenden Beschäftigten gebracht. Das berechtigt allerdings nicht zu der Hoffnung, daß sich das Tabakgewerbe in mittelständlicher Richtung entwickelt, wie wir gleich sehen werden. Gruppieren wir nicht mehr nach Kleinbetrieben und Gehilfenbetrieben, sondern nach Klein-, Mittel- und Großbetrieben, so zeigt sich wiederum eine, wenn auch sehr langsame Entwicklung zu größeren Betrieben. Unter Kleinbetrieben sind die Kleinbetriebe und die Betriebe mit bis zu 5 Gehilfen, unter Mittelbetrieben die Betriebe mit 6 bis 50 Gehilfen, und unter Großbetrieben die Betriebe mit mehr als 50 Gehilfen zu verstehen.

Von je 100 Betrieben sind

	Kleinbetriebe	Mittelbetriebe	Großbetriebe
1882	81,9	14,7	3,4
1895	81,7	14,5	3,8
1907	82,9	13,3	3,8

Nach diesen Ziffern zeigt sich zwar eine Vermehrung der Kleinbetriebe, eine Verminderung der Mittelbetriebe und ein Stillstand der Großbetriebe. Ziehen wir aber die Zahl der auf einen Betrieb durchschnittlich entfallenden Beschäftigten in Betracht, worauf es ja wesentlich ankommt, so gewinnen wir ein anderes Resultat. Es kommen auf einen Betrieb Beschäftigte:

	Kleinbetrieb	Mittelbetrieb	Großbetrieb
1882	1,8	16,8	108,0
1895	1,5	17,7	108,0
1907	1,5	19,2	109,0

Man sieht, daß die Zunahme in der Zahl der Beschäftigten von der Mittel- und Großindustrie fast absorbiert wird, ferner, daß die Mittelbetriebe in der Entwicklung zum Großbetrieb begriffen sind. Dasselbe ist auch aus folgender Zusammenstellung zu ersehen:

	Von 100 Personen waren beschäftigt im		
	Kleinbetrieb	Mittelbetrieb	Großbetrieb
1882	17,7	33,2	49,1
1895	15,9	32,3	51,8
1907	15,9	32,6	51,5

Auch hier zeigt sich von 1882 bis 1895, bzw. 1907 ein Rückgang im Kleinbetrieb von 1,8, während der Mittel- und Großbetrieb zusammen von 1882 bis 1907 eine Steigerung von 2,4 aufweisen. Obgleich Mittel- und Großbetriebe im Jahre 1895 eine Verminderung der Beschäftigten haben, so ist damit noch keine Ausdehnung der Kleinbetriebe bewiesen, denn es zeigen ja auch die Kleinbetriebe selbst, wie die in ihnen beschäftigten Personen, im Jahre 1895 keine Vermehrung. Es muß in diesem Jahre oder in den vorhergegangenen Jahren ein Rückgang in der Zahl der beschäftigten Arbeiter stattgefunden haben. Allerdings ist bei der Gewerbezahlungen im Jahre 1895 gegen 1882 eine Vermehrung der Kleinbetriebe um 2,8 pro hundert Betriebe wahrzunehmen, wie aus der ersten Tabelle oben zu ersehen; das erklärt aber nur im Vergleich zu den Ziffern der übrigen Tabellen ein Hinabsinken kleiner Mittelbetriebe zu Kleinbetrieben.

Es ist erklärlich, daß sich in der Zigarrenindustrie, die doch in der Statistik den Ausschlag gibt, immer neue selbständige Existenzen aufstun, da eine Anlage zur Herstellung von Zigarren nur wenig Kapital erfordert, so daß die Zahl der Kleinbetriebe sich von 10 928 im Jahre 1895 auf 13 565 im Jahre 1907 vermehren konnte. Ausgeschlossen ist freilich nicht, daß unter den Kleinbetrieben, und wohl auch unter den Mittelbetrieben, viele Hausarbeitsbetriebe zu vermuten sind. Aber trotz dieser Umstände und der die Statistik verdunkelnde Betriebszerstückelung ist dennoch für das ganze Tabakgewerbe eine großkapitalistische Entwicklung zu beobachten.

Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1911.

I.

In der Statistik des deutschen Arbeiterschutzes sind im Jahre 1911 wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Nachdem im Vorjahre anstatt des unbestimmten Betriebsgrößenbegriffes „Fabriken“ der bestimmtere Begriff „Betriebe mit mindestens zehn Arbeitern“ zur Grundlage der Statistik gemacht und eine Reihe von Veränderungen des Schutzes erwachsener Arbeiterinnen und jugendlicher Arbeiter durchgeführt worden sind, bietet die Statistik des Berichtsjahres zum ersten Male wieder vergleichbare Ziffern. Das Jahr 1911 war ein Jahr des wirtschaftlichen Aufschwunges und der lebhafteren Beschäftigung. Diese Tatsache kommt sowohl in der Betriebs- und Arbeiterstatistik, als zum Teil auch in der Statistik der bewilligten Ueberarbeit zum Ausdruck. In solchen Jahren tritt erfaßungsgemäß die Durchführung des Arbeiterschutzes hinter die Durchführung der Bestellungen und Aufträge, d. h. hinter die Produktion zurück. So ist denn auch für das Berichtsjahr ein relativer Rückgang des Revisionsverhältnisses der Betriebe und Arbeiter zu verzeichnen. Wenn trotzdem die Zahlen der ermittelten Vergehen, wie auch besonders die der Ueberstundenarbeit für erwachsene Arbeiterinnen nicht größer, sondern kleiner geworden sind, so dürfen wir darin den heilsamen Einfluß der Gewerkschaftsorganisation erkennen, der sich in erster Linie gegenüber der Willkür der Unternehmer durchsetzt, aber auch den Arbeiterschutzböhrden eine größere Verantwortung auferlegt.

Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten ist von 512 auf 533, also um 21 vermehrt worden. Von diesen Beamten sind 60 Regierungs- und Gewerbeberate, 236 Gewerbeinspektoren, 177 Assistenten, 38 Assistentinnen und 22 sonstige Beamte. Von den vermehrten Stellen entfallen 15 auf Preußen, 2 auf Württemberg und je 1 auf Sachsen, Baden, Sachsen-Weimar und Oldenburg. In Preußen erhielten von dem Beamtenzuwachs Ostpreußen 2, Brandenburg 1, Schlesien 4, Provinz Sachsen 2, Hannover 1, Westfalen 1, Hessen-Massau 1 und das Rheinland 4, während Westpreußen einen Beamten weniger erhielt. Die Zahl der Assistentinnen wurde um 7 vermehrt, wovon 4 auf Preußen (3 Brandenburg, 1 Schlesien) und je 1 auf Sachsen, Württemberg und Oldenburg kommen. Diese Vermehrung ist besonders im Hinblick auf die Erweiterung des Arbeiterinnen- und Jugendschutzes zu begrüßen, dessen Ueberwachung an die Aufsichtsbehörden ja nun auch höhere Anforderungen stellt.

Gleichwohl hat die Vermehrung des Beamtenpersonals nicht gleichen Schritt gehalten mit der Zunahme der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe und Arbeiter, denn die Zahl der Betriebe stieg um 5,4 Prozent und die der Arbeiter um 4,8 Prozent, während die der Beamten nur um 4,4 Prozent wuchs. So ergibt sich denn das beschämende Resultat, daß trotz der vermehrten Arbeitslast, die durchschnittlich auf jeden Beamten kam (1910 pro Beamter 545,6 Betriebe und 11 312,7 Arbeiter, 1911: 552,8 Betriebe und 11 459,2 Arbeiter) ein geringerer

Prozentfuß der Betriebe und Arbeiter revidiert werden konnte als im Vorjahre. Es wurden von den Revisionen betroffen 54,0 (1910 = 54,2 Prozent) der Betriebe und 81,7 Prozent (1910: 82,3 Prozent) der Arbeiter.

Die Anstellung weiblicher Aufsichtsbeamten genügt noch immer nicht dem vorhandenen Bedürfnis. Zwar kamen im Reichsdurchschnitt auf jede Beamtin nur 36 675,8 Arbeiterinnen (gegen 40 627 im Vorjahre), aber weit über diesen Reichsdurchschnitt steht noch immer Preußen, wo auf jede Assistentin im Durchschnitt 55 044 (im Vorjahre 78 680) erwachsene Arbeiterinnen entfielen. Im Interesse der energischen Durchführung des Arbeiterinnschutzes muß für eine Erweiterung des weiblichen Aufsichtspersonals Sorge getragen werden. Die weibliche Fabrikinspektion ist längst über die Zeiten der Versuche hinaus; sie hat sich durchaus bewährt und muß nun derart ausgebaut werden, daß sie den an sie gestellten Aufgaben voll und ganz gewachsen ist.

Das Institut der Arbeiterassistenten ist seither auf Hessen beschränkt geblieben. Nur in Elsaß-Lothringen hat man neben 9 städtischen Baubeamten einen Gehilfen aus Arbeiterkreisen angestellt. Hier ist die Reichsstatistik ungenau, weil die baugewerbliche Inspektion in den übrigen Bundesstaaten Sache der Landes- bzw. Gemeindebehörden und von der Gewerbeinspektion getrennt ist und dort daher auch nicht von der Gewerbeaufsichtsstatistik erfaßt wird. So hat auch die baugewerbliche Aufsicht in Bayern einige Kontrolleure aus dem Arbeiterstande und auch für eine Reihe von Bundesstaaten und Städten dürfte das gleiche zutreffen.

Die Anzahl der Vergaufsichtsbeamten ist um 8, von 114 auf 122 gestiegen. Von den Neuanstellungen kommen 2 auf Sachsen, 4 auf Braunschweig und 2 auf Schwarzburg-Sonderhausen. In letzterem Staate wurden seither die Verordnungen von preussischen Beamten ausgeführt. Obwohl die Gesamtzahl der der Vergaufsicht unterstellten Betriebe von 3187 auf 3305, also um 118, und die der Arbeiter von 821 365 auf 838 540, also um 17 175 stieg, hat sich doch der durchschnittliche Arbeitsbereich des einzelnen Beamten infolge der Neuanstellungen von 28,0 auf 27,1 Betriebe und von 7205,0 auf 6873,3 Arbeiter vergrößert. Davon wurde allerdings der preussische Vergaubsicht nicht berührt; hier ist im Gegenteil die Arbeitslast des einzelnen Beamten nicht unerheblich gewachsen, eine Tatsache, die im Rückgang des Prozentverhältnisses der revidierten Betriebe von 95,3 auf 93,7 Prozent ihren Ausdruck findet.

Im allgemeinen steht das ziffernmäßige Ergebnis der Revisionen im Vergleich günstig gegenüber dem in der Gewerbeaufsicht, denn im Berichtsjahre wurden nur 5,8 Prozent der Betriebe nicht kontrolliert und gar nur 0,1 Prozent der Vergaubsicht von diesen Revisionen unberührt. Indes müssen an die Vergaufsicht nicht allein wegen der außerordentlich hohen Gefährlichkeit des Betriebes an sich, sondern auch wegen der ständig wechselnden Betriebsverhältnisse ganz andere Ansprüche gestellt werden, als an andere Industrien, und auch die Gesetzgebung hat dieser Selbstverständlichkeit Rechnung getragen durch Einführung besonderer Kontrollorgane, der Sicherheitsmänner aus Arbeiterkreisen.

Der wirtschaftliche Aufschwung im Jahre 1911 spiegelt sich mit aller Deutlichkeit in der starken Zunahme der Betriebe und beschäftigten Arbeiter wider. Die Zahl der der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe stieg gegenüber dem Jahre 1910 von 282 592 auf 297 999, also um 15 377 oder um 5,4 Prozent und die der in diesen Betrieben tätigen Arbeiterschaft von 6 617 584 auf 6 935 057, also um 318 073 oder um 4,8 Prozent. Im besonderen haben sich die Betriebe mit erwachsenen Arbeiterinnen von 93 155 auf 97 512, also um 4357 oder 4,6 Prozent, die Betriebe mit jugendlichen Arbeitern von 104 181 auf 110 240, mithin um 5,8 Prozent vermehrt. Innerhalb der Arbeiterschaft hat die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter seit dem Vorjahre von 4 868 830 auf 5 099 154, also um 230 324 oder 4,7 Prozent zugenommen, die der erwachsenen Arbeiterinnen von 1 259 558 auf 1 317 682, also um 58 124 oder 4,6 Prozent, die der Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren von 476 326 auf 505 417, somit um 29 091 oder 6,1 Prozent und die der Kinder bis zu 14 Jahren von 12 870 auf 13 404 oder um 534 = 4,1 Prozent. Diese Entwicklung stimmt überein mit den Erfahrungen der Vorjahre, nach denen die Hauptzunahme auf die jugendlichen Arbeiter entfällt, während der Zustrom erwachsener Arbeiterinnen ständig zurückgeht. Die letztere Erscheinung widerspricht zwar anscheinend den Ergebnissen der Berufs- und Gewerbezahlungen, nach denen die Frauenarbeit in Industrie und Gewerbe in stärkerer Zunahme begriffen ist, als die Männerarbeit. Aber es sind nach den Ergebnissen der Gewerbeaufsichtsstatistik nicht die der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe, denen sich der Hauptstrom der Arbeiterinnen zuwendet, sondern es sind teils Handelsbetriebe und teils die Betriebe mit weniger als 10 Personen, die den größten Zuwachs an Frauenarbeit aufnehmen, während dieselbe bei den größeren Industrie- und Gewerbebetrieben immer mehr und mehr durch jugendliche Arbeitskräfte ersetzt wird. Man könnte diese Entwicklung begrüßen, wenn sie durchweg von hygienischen Rücksichten geleitet wäre, d. h. wenn die Arbeitgeber darauf verzichteten, Arbeiterinnen in einer für diese ungeeigneten Weise zu beschäftigen und auch den Jugendlichen nicht solche Arbeiten zumuten, denen sie noch nicht gewachsen sind. In der Regel dürfte aber das Motiv für die vermehrte Beschäftigung Jugendlicher sein, noch billigere Arbeitskräfte zu gewinnen, deshalb haben die Gewerkschaften auch allen Anlaß, diesen Vertriebnis-

Innerhalb der Arbeiterbeschäftigung ihre vollste Aufmerksam- samkeit zu widmen und ihre Ursachen und Wirkungen zu untersuchen, um für die Gewerkschaftstaktik daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Von der Gesamtarbeiterzahl von 8 985 857 entfallen 53,5 Prozent auf Deutschlands typische Großindustrien, nämlich 1 184 441 auf Bergbau, Hütten und Salinen, 1 653 883 auf die Metall- und Maschinen- und 922 817 auf die Textilindustrie. Der Anteil dieser drei Industrien hat sich gegenüber dem Vorjahre nur wenig verändert. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß das Bau- gewerbe zum größten Teil der Gewerbeaufsicht entzogen und in dieser Statistik daher nicht berücksichtigt ist. Nach Höhe ihrer Arbeiterzahl folgen den genannten Industrien die Nahrungsmittelindustrie mit 689 885, die Industrie der Steine und Erden mit 657 137, die Holzindustrie mit 429 875, die Bekleidungsindustrie mit 393 814, die Bau- gewerbe mit 280 156, die polygraphischen Gewerbe mit 190 295, die Papierindustrie mit 188 183, die chemische Industrie mit 158 405, die Lederindustrie mit 110 900, die forstwirtschaftliche Industrie mit 77 889, die Rei- nigungsgewerbe mit 49 785 und endlich diverse Industrien mit 17 303 Arbeitern.

Nach Bundesstaaten verteilt, entfallen 4 151 577 oder rund 60 Prozent aller Arbeiter auf Preußen, 600 991 auf Bayern, 790 846 auf Sachsen, 156 094 auf Württemberg, 283 880 auf Baden, 125 039 auf Hessen, 247 089 auf Elsaß-Lothringen, während die kleineren Bundesstaaten unter 100 000 Arbeiter zurückblieben.

Betrachten wir die Verteilung der Arbeiter nach Alter und Geschlecht, so zeigt sich, daß in den Gruppen „Bergbau, Hütten und Salinen“ sowie „Baugewerbe“ fast nur erwachsene männliche Arbeiter (94,8 Prozent) be- schäftigt werden. Ueber 80 Prozent macht der Anteil der- selben auch in den Gruppen „Maschinen- und Instru- mente“ sowie „Holz- und Schnitzstoffe“, „Forstwirtschaft- liche Produkte“, „Steine und Erden“ und „Chemische Industrie“ aus. Die erwachsene weibliche Arbeitskraft überwiegt in den „Bekleidungsindustrien“ und „Rei- nigungsgewerben“ und erreicht in der Textilindustrie mit 47,6 Prozent fast die Hälfte der gesamten Arbeiterkraft. Die jugendlichen und kindlichen Arbeitskräfte treten am meisten hervor in den Gruppen „Verschiedene Industrien“ (15,0 Prozent), Bekleidungsindustrie (13,7 Prozent), Metallverarbeitung (10,3 Prozent), Polygraphisches Ge- werbe (10,4 Prozent), Papierindustrie (10,0 Prozent) und Textilindustrie (9,9 Prozent). Von der Gesamtzahl der erwachsenen männlichen Arbeiter entfallen 21,1 Prozent auf Bergbau, Hütten und Salinen, 26,8 Prozent auf die Maschinen- und Metallindustrie und 10,8 Prozent auf die Industrie der Steine und Erden. Von den erwachsenen Arbeiterinnen kommen allein 33,3 Prozent auf die Textil- industrie, 18,3 Prozent auf die Bekleidungsindustrie und 13,7 Prozent auf die Holzindustrie. Von den Jugend- lichen absorbiert die Textilindustrie 17,4 Prozent, die Ma- schinen- und Metallindustrie 27,1 Prozent und die Beklei- dungsindustrie 10,5 Prozent. Von den kindlichen Arbeits- kräften endlich finden sich 30,2 Prozent in der Textil- industrie, 20,5 Prozent in der Metall- und Maschinen- industrie, 11,9 Prozent in den Bekleidungsindustrien und 10 Prozent in der Industrie der Steine und Erden.

Die Verteilung der Geschlechter bei Erwachsenen und Jugendlichen ergibt den geringsten Anteil des erwachsenen weiblichen Geschlechts im Baugewerbe (0,4 Prozent) und im Bergbau (1,5 Prozent), den höchsten in den Rei- nigungsgewerben (74,8 Prozent), Bekleidungsindustrien (70,3 Prozent) und Textilindustrie (52,8 Prozent). Bei den Jugendlichen überwiegt das weibliche Geschlecht in den Bekleidungsindustrien (82,8 Prozent), Reinigungs- gewerben (77,7 Prozent), Textilindustrie (61,8 Prozent), Papierindustrie (55,5 Prozent) und Forstwirtschaftliche Industrie (53,2 Prozent).

Die Ziffern der Betriebs- und Arbeiterstatistik können für die gewerkschaftliche Praxis auf die mannigfachste Weise nutzbar gemacht werden, wobei wir auf die weit mehr spezialisierte Statistik der amtlichen Gewerbe- inspektionsberichte aufmerksam machen möchten, deren Studium den Gewerkschaftsleitungen nicht bringend genug empfohlen werden kann.

Heimarbeit.

Wir lesen in der „Münchener Post: Ueber Heimarbeit und Hausindustrie hielt Herr Gewerbeinspektor Dr. Hans Götz im großen Hörsaal des Bayerischen Landesge- werbemuseums in Nürnberg einen von Lichtbildern und kinematographischen Vorführungen unterstützten Vortrag durch Zahlen, sowie durch den Film durch erschütternde Bilder des Heimarbeiterelends aufgezeigt. Man war einigermaßen verwundert, als Redner nach Aufzeichnung aller der gesundheitschädigenden und menschenmordenden Momente dieser Elendsindustrie energisch für deren Be- behaltung eintrat. Daß man an amtlicher Stelle diesem Vortrag großen Wert beilegte, geht daraus hervor, daß u. a. die Regierung von Mittelfranken den Gewerbesen- raten, Regierungsrat Klee, zu dem Vortrag abgeordnet hatte. Dr. Götz unterscheidet zwischen Hausindustrie und Heimarbeit. In beiden Zweigen seien in Bayern nach der Statistik von 1907 36 000 Personen beschäftigt. Diese Zahl stimmt indessen nicht, sondern es seien mindestens 80-100 000 Personen mehr oder minder an diesen Be- rufen interessiert. Die Hausweberei beschäftigt etwa 5000 Männer und 4000 Frauen, die Korbmacherei 4500 bis 9000 Personen. Die Textilindustrie soll allerdings als Heim- und Hausarbeit seit 1882 zurückgegangen sein. Zugunommen habe die Heimarbeit in der Wäschefabri- kation. In den Vorstädten der Großstädte mühen sich Tausende von Frauen und Mädchen halbe Nächte in der Wäschefabrikation ab. Die Blumen und Spitzen, die die Damen auf Hüten und Kleibern tragen, werden zumeist in engen, von Krankeitskeimen starrenden Räumen darobender Arbeiterinnen hergestellt. Die „echten Pariser Spitzen“ werden im Fichtelgebirge und im Frankenthal hergestellt. Spielzeuge aller Art, Zigarren und

hundert andere Gegenstände, die die eleganten Schausen- ster der Großstädte zieren, sind zumeist — wovon das Publikum zum großen Teil keine Ahnung hat — unter den traurigsten Verhältnissen in der engen Stube der Heimarbeiterfamilien hergestellt. In München und Nürnberg „blüht“ insbesondere die Fabrikhausindustrie (Wäschefabrikanten, Konfektionsweberinnen, Zinnma- lern usw.). Die 82 Korbmachergroßfirmen haben ihre Heimarbeit in einem großen Teil Oberfrankens. In Mittenwalde dominiert der Geigenbau; die Holzschneiderei in Oberammergau und in Berchtesgaden; dort ist auch die Nagel- und Schieberarbeit. Die Pfalz hat Zi- garrrenmacherei und Schuhmacherei, Unterfranken beschäftigt ungezählte Heimarbeiter, die nach Wächtersburg und Frankfurt a. M. an Konfektionshäuser liefern. Das Trudschkeim, unter dem Heimarbeiter und -arbeiterinnen ausgebeutet werden, ist, obwohl verboten, noch nicht ausgerottet. Die Entlohnung und der Verdienst der Hausindustriellen und der Heimarbeiter ist gering und häufig ungenügend und nicht selten gibt es, speziell in der Konfektionsindustrie der Großstädte, Jahresein- nahmen, die sich in der Höhe von Armen- unterstützungen bewegen, es sind dies entsetzliche Zustände. Die Landweberei in Niederbayern bringt einen Wochenverdienst von 6-9 M., die oberfränkische Weberei 9-18 M. In der Korb- flecherei verdienen Mann und Frau zusammen in der Woche 10-25 M., wenn es gut geht. Nur ausnahmsweise verdient der Mann 3-4 M., das sind aber ganz seltene Fälle. Eine Arbeitszeit von täglich fünf- zehn Stunden ist nicht selten. Alle verfügbaren Kräfte der Familie werden in der Heimarbeit und Haus- industrie in Anspruch genommen, also auch die Kinder. Alles muß von früh bis spät in die Nacht unermüdet mit- arbeiten. „Dabei ist für die ganze Familie oft nur ein- einziger Raum als Arbeitsstätte, Wohn- und Schlafraum und Küche vorhanden.“ Ja nicht selten, so bemerkte Dr. Götz, dient dieses Wohn-, Schlaf- und Arbeitszimmer im Winter auch noch als Stall für Geflügel und für andere Tiere. In Oberfranken erfahren die Stickerinnen erst bei der Ablieferung der Waren, welchen Lohn sie dafür er- halten. Man habe Versuche gemacht, einen Mindestlohn durchzusetzen, dabei erreichte man das Gegenteil von dem, was man wollte, denn allmählich wurde der Mindestlohn zum Normallohn. Güntzig hätten das Kinderzuschlag, die Einkaufsgenossenschaften und die Fachschulen gewirkt. Das Bild, das Herr Dr. Götz von der Lage der Heim- arbeiter und -arbeiterinnen entrollte, erzeugte insbeson- dere bei den bürgerlichen Zuhörern Entsetzen. Was der Redner da sagte, ist für die Sozialdemokraten nicht neu. Unverkennbar ist jedoch, daß ein Beamter in der Stel- lung des Herrn Dr. Götz so freimütig in der Aufdeckung der eminenten Schäden, die durch die Heimarbeit in Volksleben erzeugt werden, mitwirkt. Wären die An- träge, die die Sozialdemokraten in den Parlamenten zur Regelung der Heimarbeit immer wieder gestellt haben, nicht von den bürgerlichen Parteien immer wieder ab- gelehnt worden, so wäre in der Heimindustrie schon vieles längst gebessert.

Die Giessener Handelskammer und der Streikbrecherschutz.

In der vor kurzem stattgefundenen Sitzung der Giessener Handelskammer hat man sich auch mit dem Schutze der Arbeitswilligen beschäftigt.

In dem Protokoll heißt es darüber: „In Uebereinstimmung mit einem großen Teile der Arbeit- geberchaft hält auch die Handelskammer einen verstärkten Schutz der Arbeitswilligen gegenüber den Angriffen bei Streiks für notwendig. Sie wünscht jedoch diesen Schutz nicht in Form eines strafrechtlichen Verbots des Streikpostensetzens, sondern in vielmehr der Auffassung, daß dieser verstärkte Schutz schon mit einer schär- feren Anwendung der diesbezüglichen Bestim- mungen der Gewerbeordnung und des Reichs- strafgesetzbuches seitens der staatlichen Organe erreicht wird.“

Da haben wir es also. Das Streikpostensetzen braucht man nicht zu verbieten. Die Giessener Herren sind so bescheiden und wollen sich mit einer schärferen Anwen- dung der heutigen Gesetze begnügen. Als ob diese nicht schon heute scharf genug gehandhabt würden. Ob die Herren Mitglieder der Handelskammer nichts von den harten Streikurteilen im Ruhrkohlenbezirk gelesen haben, wo sogar Mütter mit ihren Säuglingen wegen ganz harm- loser Bemerkungen ins Gefängnis gesteckt wurden? Aus ihrem eigenen Wissen aber wird keiner der Herren von Giessen einen Fall anführen können, auf den sie ihr Ge- schrei nach schärferer Anwendung der Gesetze stützen könnten. Die Streiks, die in Giessen ausgefochten wurden, gaben keine Veranlassung dazu. Aber sie werden sich auf Gefahrartikel der Scharfmacherpresse verlassen haben.

Verstärkten Schutz der Streikbrecher wünscht die Handelskammer; dagegen geht ihr der „Schutz“ der gewerblichen Arbeiterinnen zu weit, und wünscht sie, daß die Bestimmungen der Gewerbeord- nung abgeändert werden, so daß der zehnstündige Arbeitstag der Arbeiterinnen durch- brochen wird. Das ist die richtige Unternehmermoral: Größere Ausbeutungsfreiheit für sie, aber Gefängnis und Ruchthaus für ehrliche Arbeiter, die um Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen. So sieht das „soziale“ Gewissen der Giessener Handelskammer aus.

Doch was soll man sich darüber wundern, es sind doch meistens sehr „liberale“ Herren, die besonders den Tabak- arbeitern sehr gut bekannt sind, weil die Herren Zigarren- fabrikanten (Kommerzienräte) dort die erste Geige spielen. An dieser Sitzung haben teilgenommen Kommerzienrat Heidekelm, Kommerzienrat Schirmer, Kommerzien- rat Grünwald, Durbeck, K. L. o. s., Jhring, Koll, Ni. n., Röhr und Rühl.

Der Handelskammertag, der acht Tage später in Mainz stattfand, beschloß natürlich ebenfalls eine derartige Scharfmacherresolution. Dies sollte aber besonders der Tabakarbeiterchaft von Giessen und Umgegend Veranlas- sung geben, sich ihrer Organisation anzuschließen, um gegen solche Scharfmacherpläne gewappnet zu sein.

Wie die letzten Buben, so ruft auch die christliche Tabakarbeiter-Zeitung angstvoll: Er tut mir was! Die Angst muß nicht gering gewesen sein, denn das Blatt schreit und jammert und schimpft in vier langen Artikeln, weil wir uns erlaubten, an den Erfolgen der christlichen Organisation zu zweifeln. Braucht man denn deshalb solche Angst zu haben? Wenn es mit der christlichen Tabakarbeiterorganisation wirklich so gut steht, als das ultrafaschistische Blatt es glauben machen will, so hätte man schon Ursache, unsere Aeußerungen etwas ruhiger aufzu- fassen. Wir würden in solchem Falle auf eine einfache Bemerkung hin keine vier Artikel verbreiben, sondern uns in der klassischen Gemütslichkeit zeigen, die in dem Satze: Uns kann keiner! ihren Ausdruck findet. Wir gestatten uns, aus der Wandmurmantwort des Blattes den Schluß zu ziehen, daß wir mit unserer Bemerkung mitten ins Schwarze getroffen haben.

Was war die Ursache zu dem Angstgeschrei? Wir schrieben:

„Wenn wir von Einfluß und Erfolg sprechen, so geschieht es in dem Gebirge: Was haben wir für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen ge- leistet! Und da bitten wir, einmal die Resultate des „christlichen“ Tabakarbeiter-Verbandes mit den unserigen zu vergleichen. Im Rubrik im Tabak-Arbeiter, die den Titel trägt: „Bewegungen im Beruf“, ist für unseren Verband und seine Leistungen eine Ehren- tabelle! Und nun heran ihr „Christen“ allzugleich, was habt ihr Ver- gleichbares aufzuweisen? Armeistiges, aufgepustetes Gefflügel ist es, wenn ihr in euren Jahresberichten von euren Bewegungen zur Ver- besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen rehet! Zu den meisten Bewegungen und damit auch zu den meisten seiner wenigen Ver- besserungen wäre der „christliche“ Verband noch nicht einmal ge- kommen, wenn unsere Organisation nicht zum Vorkamisch geblasen hätte.“

Stimmt! sagen unsere Leser. Auch wir können trotz der Flüchtigkeit, wie das schwarze Blatt seinen Wandwurm nennt, leider nichts zurücknehmen. Immerhin freut es uns, daß die Tabakarbeiter-Zeitung ihre Angst doch über- windet und sich schließlich mit der Meinung beruhigt, uns nicht zu wichtig zu haben. Es gibt ja Leute, die meinen, wunder- bar vollbracht zu haben, wenn sie sich ordentlich aus- leisten.

Auf das Geschimpfe einzugehen, wird man uns natürlich nicht zumuten; auch haben wir keine Ver- anlassung, irgend ein Wort über die Schwafeleien des „Christen“ Blattes hinsichtlich der Stellung unseres Ver- bandes zur Sozialdemokratie und ihren Führern zu sagen; das Blatt und die ganze „christliche“ Organisation hat ja kein weiteres Lebensprinzip, als den roten Lappen zu schwanken. Stören wir sie also nicht dabei, zumal damit heutzutage ohnehin ein schlechtes Geschäft zu machen ist; das wird uns die „christliche“ Organisation selbst gerne be- stätigen.

Soweit das schwarze Blatt sich sachlich gegen unsere Vorwürfe wehrt, macht es aus der Not seiner Bedeutungs- losigkeit eine Tugend. Es schreibt, daß die Mitglieder nur allzu leicht geneigt sind, alles vom rein örtlichen Stand- punkte zu beurteilen, was eine starke, gewissenhafte Lei- tung erfordert, die auch dann den Mut hat, gegen einen Streit zu sein, wenn es den Beteiligten nicht angenehm ist. Diese Pflicht habe die Leitung unseres Verbandes verletzt und damit die Arbeiter in zahlreiche verlorene Streiks geführt. An einer anderen Stelle heißt es, daß unsere Mitglieder vielfach gegen die Abmachungen in den Streik treten. Sonderbare Logik! Der Leitung wird einerseits vorgeworfen, sie hebe die Mitglieder plan- und ziellos in ausichtslose Streiks, während ihr andererseits nachgesagt wird, daß sie von den Mitgliedern vor fertige Tatsachen, die zu verhindern sie keine Macht habe, gestellt werde. Was ist nun richtig? Aber so etwas fällt weiter nicht auf bei solchen edlen Seelen. Aber es ist doch auch nicht übel, wenn das Blatt die Ohnmacht der „christlichen“ Organisation zu verdecken sucht mit der machtvollen Strategie seiner Leiter. Wir könnten wohl den Feind schlagen und Erfolge erringen, aber wir wollen nicht, weil wir so mächtig sind, und deshalb bleiben wir hübsch hinter- dem Busch! So schlau ist nicht einmal der Fuchs. Wer eine solche Beweisführung glaubt, kriegt 'n Taler.

Doch halt! Das „Christen“blatt hat aus der Rubrik des Tabak-Arbeiters „Bewegungen im Beruf“ auch her- ausgegraben, daß unser Verband auch verlorene Streiks gehabt hat. Ja, das hat er wirklich gehabt, leider! Kann diese Tatsache unserer Organisation zum Vorwurf gemacht werden insofern, daß sie die Erfolge verkleinert? Aller- dings, wer überhaupt nicht kämpft, verliert auch nicht, und kann sich, wenn andere Wunden und Narben nach Hause tragen, hinterm Busch als starken Mann aufspielen. Aber wer nicht kämpft, gewinnt auch nichts! Und da redet nun das schwarze Blatt davon, daß den Niederlagen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes keine Niederlagen des „christlichen“ Verbandes gegenüberstehen! Wir wollen einmal die sogenannten Siege der „christlichen“ Organi- sation (a la Rheinland usw.) als wirkliche Siege estimieren, da muß man doch fragen: Wo sollten denn die „Christen“ auch Niederlagen erleiden? Hintern Ofen? Wie von dem „Christen“blatt in seinem Wandwurm selbst hervor- gehoben wird, ist der „christliche“ Verband im Jahre 1911 an ganzen 3 (drei) Angriffstreiks mit ganzen 86 Mitglie- dern beteiligt gewesen; von 1912 wird überhaupt nicht ge- redet. Bei solchem „wirtschaftsfriedlichen“ Gebahren einer Organisation kann man schon an die stolze Brust schlagen, keine Niederlagen gehabt zu haben; aber imponieren tut höchstens den Auftraggebern der „christlichen“ Führer.

Wenn es auch mit der gewerkschaftlichen Einsicht der Tabakarbeiter-Zeitung auf dem Nullpunkt steht, so sollte sie dennoch wissen, daß verlorene Streiks noch lange nicht immer Niederlagen sind, weder für die beteiligten Arbeiter, noch für die Organisation, zu sein brauchen. Da über diese Frage unter wirklichen Gewerkschaftlern zu denen wir den Verfasser des Wandwurms freilich nicht rechnen, keine Meinungsverschiedenheit herrscht, wollen wir nicht weiter darauf eingehen.

In seiner kindlichen Angst schreibt sich das „christliche“ Blatt selbst vorbei und schlägt daher einen logischen Zur- zuckeln über den andern. Wir haben oben gesehen, daß

man sich in der Leitung der „Christlichen“ Organisation etwas darauf zugute tut, fast keine Streiks geführt zu haben, während man unsern Verband die schwersten Vorwürfe über seine Streikstatistik macht. Da zeigt aber das schwarze Blatt so recht seine gummiartige Logik, wenn es dann weiter unserm Verband den Vorwurf macht, gerade in jenen Gebieten, wo auch die „Christen“ halbwegs vertreten sind, in Baden, Pfalz, Rheinland und Westfalen, recht freimütlich Verfahren zu sein, d. h. nicht genug Lohnbewegungen unternommen zu haben. Haben wir denn nun eigentlich zu viel oder zu wenig gestreikt? Doch das Blatt der „Christen“ lehnte ja so energisch einen Kampf gegen die Unternehmer ab. Wenn auch der Verband dort, wo auch der „Christliche“ Verband vertreten ist, nicht genügend tun konnte, so ist diese famose Taktik der „Christlichen“ Organisation Schuld daran. Hier zeigt sich der traurige Ruhm der „Christlichen“ Organisationszerstörer. Dankend quittieren wir darüber, daß das schwarze Blatt dieses, allerdings in seiner hilflosen Angst, selbst konstatiert. Ist genug mußten in der Tat Bewegung zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbleiben, weil die „Christlich“ Organisierten „zielbewußt und tatkräftig“ nicht mitmachen durften.

Wie Ausführungen und Meinungen der „Christlichen“ Tabakarbeiter-Zeitung zu bewerten sind, ist auch aus Nachstehendem zu ersehen. Das Blatt schreibt in dem Bandwurm auch: „Wir lassen ihm (ihm: dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband, D. Reb.) gerne das Aufstehen einer Christentafel, daß er so und so viele Bewegungen führt und soviel mehr an Streikunterstützung ausgegeben hat. Ist danach vielleicht zu beurteilen, wo die Arbeiterinteressen besser vertreten werden? Nein!“ Wir meinen, daß mit diesen Worten so ein Schild gewerkschaftlichen Grundsatzes zum Ausdruck kommt, und da man Meinungen und Grundsätze nicht wechselt wie ein schmutziges Hemd, müßte man glauben, die Worte bräuden die geläuterte Ueberzeugung des schwarzen Blattes aus. Doch was sind Grundsätze und Meinungen in der Redaktion der schwarzen Tabakarbeiter-Zeitung! Bald so, bald so, wie es trifft! Der einzigste unwandelbare, jesuitenmoralische Grundsatz ist dort: Der Zweck heiligt die Mittel! Denn während das Blatt uns gegenüber die vorstehende Meinung ausdrückt, schreibt es in seiner letzten Nummer, wo es sich um den Kirch- und christlichen Tabakarbeiter-Gewerksverein mit seinen belanglosen Streikausgaben handelt, folgendes: „Und für die Hauptaufgabe einer Gewerkschaft, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, scheint der Gewerksverein in seiner Haupt sache kein Verständnis zu haben. Streik- und Gemäßigtenunterstützung hatte er 1911 keine. Hat er vielleicht früher auf diesem Gebiete mehr geleistet? Durchaus nicht, wie folgende Zahlen dartun.“ Dann rechnet das „Christen“-Blatt dem Gewerksverein vor, daß dieser in 17 Jahren nur 4516,30 M für Streiks und Ausperrungen ausgegeben hat, prüft aber mit den von der „Christlichen“ Organisation für diesen Zweck ausgegebenen Summen und bemerkt: „Denn es kann doch kein besseres Agitationsmittel für eine Gewerkschaft geben, als wenn sie auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Forderung des Arbeiters das Beste zu tun hat.“ Und ebenso redet das Blatt in Bezug auf die Leitungsfähigkeit des Gewerksvereins in gewerkschaftlichen Kämpfen von Trostlosigkeit und Ohnmacht. Also für sich selber: Postanna! Für andere: Kreuziget ihn! Das ist die „Christliche“ Moral der Tabakarbeiter-Zeitung mit doppeltem Boden in schönster Entfaltung.

Was das „Christen“-Blatt noch über unsere wöchentlichen Veröffentlichungen unter „Bewegungen im Beruf“ sagt, wollen wir übergehen, da es sich nicht lohnt, darüber mit ihm zu rechten. Wenn aber behauptet wird, die „Christliche“ Organisation macht von ihren Bewegungen kein Aufhebens, so stimmt das insofern, als davon auch wirklich kein Aufhebens zu machen ist; an der Fähigkeit zum schriftlichen und mündlichen Aufschreiben und Vortragen fehlt den „Christlichen“ Strategen wahrhaftig nicht, umsonst sind sie nicht zu der charakteristischen Bezeichnung als Großklappen gekommen. Im übrigen: Niemand kann zweien Herren dienen! Man vertritt Arbeiterinteressen oder nicht. Unser Verband wird jedenfalls versuchen, noch energischer als bisher an der Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter zu wirken.

Will der „Christliche“ Tabakarbeiter-Verband „wirtschaftsfriedlich“ sein, wie die „Tabakwelt“ auch kürzlich meinte, daß es ihm recht schön steht, so haben wir nichts dagegen, nur werden wir ihn, wie immer, der Tabakarbeiter-Zeitung unfrisiert vorstellen.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Die Zigarrenindustrie beider Mecklenburg im Jahre 1911. Aus den Berichten der mecklenburgischen Gewerbeinspektion für 1911 ist zu ersehen, daß in Mecklenburg-Schwerin 729 Anlagen zur Anfertigung von Zigarren mit insgesamt 31 Anlagern der Gewerbeinspektion unterstellt waren; für Mecklenburg-Strelitz kommen 12 Anlagen mit 21 Arbeitern in Betracht. Von den 329 Anlagen in Mecklenburg-Schwerin waren 241 erwachsene männliche Arbeiter; Arbeiterinnen über 16 Jahre waren 78, jugendliche Personen von 14 bis 16 Jahren waren 9, Arbeiter und eine Arbeiterin. Kinder wurden keine beschäftigt. In Mecklenburg-Strelitz waren alle 21 in Zigarrenfabriken Beschäftigten erwachsene männliche Arbeiter. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betr. Beschäftigung von Arbeiterinnen wurden ermittelt hinsichtlich Anzeigen, Aushänge: 4 Fälle, Beschäftigung an Vorabenden von Sonn- und Festtagen 2 Fälle mit 2 Arbeiterinnen. Bestrafungen sind keine erfolgt. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betreffend Beschäftigung jugendlicher Arbeiter waren 2 zu verzeichnen, die sich auf den Mangel vorgeschriebener Anzeigen, Aushänge und Verzeichnisse beziehen. In Mecklenburg-Strelitz wurden keine Zu-

widerhandlungen ermittelt. Der fremd Gesundheitschutz wird im Bericht für Mecklenburg-Schwerin gesagt: „Die Wascheinrichtungen und Kleiderablagen in Zigarrenmachereien lassen noch mehrfach zu wünschen übrig. Da wegen der Empfindlichkeit der Arbeiter fast immer sämtliche Fenster geschlossen sind, herrscht in den Arbeitsräumen meist schlechte Luft.“ Im Bericht für Mecklenburg-Strelitz wird zum Ausdruck gebracht, daß Ausstellungen überwiegen an den mangelhaften Wascheinrichtungen zu machen waren. Vorrat reinen und Beseitigung unreinen Wassers an Ort und Stelle wurde als unerlässliche Forderung angesehen. In Bezug auf Raumbeschaffenheit wurden Erleichterungen empfohlen, wo ausschließlich Familienmitglieder beschäftigt wurden.

Umsatz der G. E. G. in Tabakfabriken. Der Gesamtumsatz der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine zu Hamburg ist von rund 110 Millionen im Jahre 1911 auf rund 136 Millionen im Jahre 1912 gestiegen. Die Abteilung Zigarrenfabriken und Tabakfabriken erzielte an Zigarren und Tabakfabrikaten einen Gesamtumsatz im 2. halben Jahr 1912 von 1 943 548,56 M, gegen 1 518 455,77 M im zweiten Halbjahr 1911, also 425 092,79 M mehr. Der Umsatz im ganzen Jahre 1912 betrug 3 365 528,24 M, gegen 2 692 608,25 M, so daß sich der Umsatz im Jahre 1912 um 672 919,99 M steigerte.

Kameruntabak. Auf den Bremer Markt sind in diesem Jahre 101 Paeten Deckblatt gebracht worden. Wie mitgeteilt wird, soll es sich um ein reißes, gutes Blatt handeln, das auch hinsichtlich Geschmack und Farbe besseren Ansprüchen genügt. Es ist das die erste Produktion der Deutschen Tabakbau-Gesellschaft, die ihren Sitz in Frankfurt a. M. hat.

Tabakgewinnung und Tabakverbrauch in Japan. Die Fachpresse bringt nachstehende interessante Tabaknachricht aus Japan:

Die erste Besteuerung des Tabaks erfolgte in Japan im Jahre 1876. Im Jahre 1898 wurde die Steuer wieder aufgehoben und an Stelle derselben ein Monopol auf Tabak im Blatt eingeführt. Da aber die Herstellung des Tabakblatts der Privatindustrie überlassen war und hieraus mancherlei Unfälle zu Gesetzesverstoßen entsprangen, so wurde im Jahre 1904 das Monopol auf Blatttabak durch ein solches auf Tabakfabrikate ersetzt. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes ist der Anbau von Tabak Privatpersonen, die die Regierungserlaubnis dazu erhalten haben, gestattet; sie haben aber die geernteten Blätter an die Regierung gegen eine nach der Beschaffenheit des Tabaks verschiednen bemessene Vergütung abzuliefern. Der Tabak wird in Fabriken, die der Regierung gehören, verarbeitet, und die Ware zu vorgeschriebenen Preisen von konzeptionierten Verkaufsstellen vertrieben. Die Nettoerträge aus dem Tabakmonopol haben sich seit dem Jahre 1904/05 von 27 462 000 Yen auf 50 936 000 Yen im Jahre 1910/11 erhöht. Die Bebauungsfläche ist für denselben Zeitraum von 32 580 Cho (1 Cho = 0,99 ha) auf 29 720 Cho zurückgegangen; ebenso ist der Ertrag von 11 600 000 Kwan (1 Kwan = 3,75 kg) auf 11 111 000 Kwan gesunken. Der von der Regierung dafür gezahlte Preis aber ist von 8 718 000 Yen auf 9 739 000 Yen gestiegen.

Eine Bekanntmachung des Tabakmonopol-Büreaus besagt, daß der Verkauf von Tabak, in Pfeifentabak sowohl wie in Zigaretten und (ausländischen) Zigarren, von Jahr zu Jahr steige. Es gibt die Einnahme des letztverflohenen Jahres auf insgesamt (ohne Abzug der Kosten für die Monopolverwaltung und Fabrikation) mit 75 700 000 Yen an, das bedeutet gegen das Jahr vorher eine Steigerung von rund 2 Millionen Yen. Der Durchschnittsverbrauch der Bevölkerung in Japan an Tabak pro Jahr beträgt mithin pro Person etwa für 1,50 Yen. Wenn man 10 Millionen Raucher annimmt, eine Zahl, die sicher nicht zu hoch gegriffen ist, dann erhöht sich der Durchschnittsverbrauch auf 7,50 Yen pro Kopf. Zehn Prozent des Gesamtverbrauchs an Tabak soll auf Tokio entfallen.

Bewegungen im Beruf.

Kopenhagen. Wie berichtet wurde, sind die Tabakarbeiter (Zigarrenindustrie) in eine Lohnbewegung eingetreten. Sämtliche mit den dänischen Fabrikanten abgeschlossenen Verträge sind gekündigt worden. Vor Zugang nach Dänemark wird streng gewarnt.

Amsterdam. Seit einiger Zeit befinden sich die in der Zigarrenindustrie Hollands beschäftigten Arbeiter in einer Lohnbewegung, wobei es in Rotterdam, Dordrecht und Gorinchem zur Arbeitseinstellung kam. Die vereinigten Zigarrenfabrikanten antworteten mit der Ausperrung der organisierten Tabakarbeiter. Vor Zugang nach Holland wird streng gewarnt.

Werther i. Westf. Mit der Firma Fris Banze wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Minimallohn beträgt 9 M pro Woche bei freier Zurücklegung. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 56 Stunden. Unwöchentlich erfolgt Lohnzahlung.

Meunighäusen i. Westf. Infolge der eingegangenen Abmachungen bei Beendigung der Ausperrung erhöhte die Firma Giesecke & Winkelman (Sitz Löhne) die Löhne der Zigarrenmacher um 25 und 50 S pro Mill bei 6 Sorten.

Hamburg und Umgegend. Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der Zugang nach Hamburg und Umgegend fernzuhalten.

Achtung! Ausperrung in Holland!

An die deutschen Tabakarbeiter!
Wie bereits bekannt gemacht ist, befinden sich unsere holländischen Kollegen seit längerer Zeit in einer Bewe-

gung zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wiederholt geführte Verhandlungen mit den vereinigten Zigarrenindustriellen Hollands führten — abgesehen von den Zigarrenfabrikanten in Amsterdam, die annehmbare Lohnverbesserungen eintreten ließen — zu keiner Einigung, so daß es in Rotterdam, Gorinchem und Dordrecht zur Arbeitseinstellung kam. Die vereinigten Zigarrenindustriellen beantworteten diese Arbeitseinstellungen mit der Ausperrung der gesamten organisierten Tabakarbeiter in Holland. An der Ausperrung sind rund 3500 Fachkollegen beteiligt.

Werte Kollegen! Die holländischen Zigarrenfabrikanten glauben, mit einem Gewaltstreik die Organisation vernichten zu können. Das darf nicht geschehen! Die internationale Solidarität, die von der deutschen Tabakarbeiter-Zeitung stets befunden worden ist, wird die kämpfenden holländischen Kollegen nicht im Stich lassen.

Die holländischen Kollegen, die den Kampf, da er ihnen aufgezwungen worden ist, nun auch im Interesse der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausfechten wollen und müssen, dürfen nicht niedergezwungen werden; ihr Sieg ist für die ganze internationale Tabakarbeiter-Zeitung von wesentlicher Bedeutung.

Wir fordern deshalb die deutschen Tabakarbeiter auf, allerorts nach Kräften für den Sieg durch Ausbringung von Geldmitteln beizutragen. Sehen die Fabrikanten, daß die internationale Tabakarbeiter-Zeitung, vor allem, daß die deutschen Tabakarbeiter hinter den so schneidenden Straßenspielflächer gemorianen holländischen Kollegen stehen, so werden sie einzulenkten gezwungen sein. Die Lage der holländischen Tabakarbeiter bedarf dringend der Verbesserung. Wir dürfen wohl bei dieser Gelegenheit betonen, daß auch die holländischen Tabakarbeiter jederzeit uns gegenüber ihre Pflicht und Schuldigkeit nach besten Kräften getan haben.

Kolleginnen und Kollegen! Tut auch ihr euer Möglichstes und sammelt Munition für die Holländer, und zwar so bald als möglich.

Alle Gelder sind zu senden an W. Nieder-Melland, Bremen, Faulenstr. 58/60, Postfachamt Hamburg 11, Postfachkonto Nr. 5349. Die Zahlkarten sind zu benutzen, doch ist darauf zu bemerken: Für Holland!

Bremen, den 17. Februar 1913.

Der Vorstand.
E. Drechmann.

Berichte.

Oslaw. Am 3. Februar fand unsere Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Ueberprüfung und Geschäftsbericht; 2. Bericht der Kartelldelegierten; 3. Wahl der gesamten Ortsverwaltung und der Kartelldelegierten; 4. Wahl der Arbeitskollegien; 5. Vereinsangelegenheiten. Kollege Langner gab die Abrechnung vom 4. Quartal und den Geschäftsbericht. Unter den Einnahmen vom ganzen Jahre finden sich folgende Posten: für 197 Aufnahmen 95,60 M, für 16 030 Beiträge 7 709,20 M, für 1630 Einzelbeiträge 425,25 M. Ausgegeben wurde u. a. für Arbeitskollegenunterstützung an 231 Mitglieder 1601,30 M, Krankenunterstützung an 214 Mitglieder 3491,85 M, Sterbeunterstützung 202 M. Das Jahr 1912 war für die Oslawer Arbeiter und Arbeiterinnen schlecht, denn sie hatten noch immer unter der Tabaksteuer zu leiden; so hat auch die Firma Georg Peter unter der Tabaksteuer kurz vor Weihnachten erlitten. Die organisierten Arbeiter der Firma Geshorn & Schmidt wundern sich, daß sie dieses Jahr infolge ihrer Verkaufsangelegenheiten keine Arbeitskollegenunterstützung bekamen. Es ist dies zu erkennen, daß sie vom Vorstand abgewiesen sind. So wurde eine Resolution einstimmig angenommen. Dasselbe lautet: „Die heutige Mitgliederversammlung fordert betreffs der Arbeitskollegenunterstützung der Mitglieder der Firma Geshorn & Schmidt, welche vom 24. Dezember 1912 bis 2. Januar 1913 arbeitslos waren und deren Anspruch auf vier Tage Unterstützung vom Vorstande abgewiesen wurde, volle Gerechtigkeit, welche ihnen § 9 des Statuts voll und ganz zuzurechnen ist. Wir verurteilen die mangelhaften Maßnahmen des Vorstandes und fordern von ihm, das Statut so zu respektieren, wie es jedes Mitglied anerkennen hat. Denn durch derartige Maßregeln werden dem Verbands keine Mitglieder gewonnen.“ Zu Punkt 2 erstattete Kollege Vogel den Kartellbericht. In die Ortsverwaltung sind folgende Kollegen gewählt: Hermann Walter als 1., Emanuel Langner als 2. Bevollmächtigter, Berta Vogel als 3. Bevollmächtigter Hermann Gewande und Robert Auer als Revisoren. Als Kartelldelegierte sind gewählt: Ernst Rogoll, Hermann Gewande, Emanuel Langner, Reinhold Lipsch, Elisabeth Rother und Berta Vogel. Dann wurden sechs Fabrikarbeiter gewählt. Im Verchiedenen ermählte Kollege Langner die Kollegen und Kolleginnen, nicht zu erlernen, trotzdem sie vom Vorstande wegen der Unterstützung abgewiesen worden sind, dem Verbands treu zu bleiben, denn sie können nicht wissen, wie es noch kommen kann, und daß die Unterzeichner ihre Drohung noch wahr machen, indem sie uns bei einer größeren Lohnbewegung ausperren. Mit dem Wahnmort, fleißig für den Verband zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Breslau. Sektion der Zigarrenindustrie. Am 8. Februar fand hier eine Sektionsversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht der Sektionsleitung; 2. Wie helfen wir uns zur Aufrechterhaltung derselben; 3. Wahl der Leitung; 4. Beschließendes. Kollege Battersmann gibt den Bericht über die Sektionsleitung und spricht den Wunsch aus, daß die neu zu wählende Leitung mehr leisten möge, als die jetzige in der kurzen Zeit geleistet hat. Immerhin hat sie ganz gute Erfolge zu verzeichnen gehabt. Von einigen Kollegen wurde erwähnt, die Sektion der Zigarrenarbeiter aufzuheben. Kollege Eike schlägt vor, dieselbe aufrecht zu erhalten, was auch angenommen wurde. In die Sektionsleitung wurden darauf die Kollegen Pattermann, Gerstenberg und die Kollegin Diehl gewählt. Erwähnt wurde, daß die tariftreuen Firmen sich nicht genügend an den Arbeitsnachweis halten. Die Maßregelung des Kollegen Demvrich wurde von der Versammlung anerkannt. Die zu zahlende Anwartschaftsvericherung für Kollegen Krämer wurde angenommen. Der Vorsitzende fordert zum Schluß auf, die in kurzer Zeit stattfindende Gausagitation lebhaft zu fördern und bittet um rege Beteiligung aller der Frauen. In Erinnerung sei noch gebracht, daß am 27. Februar die Gewerbevereinswahl stattfindet und daß es Pflicht eines jeden Kollegen ist, sich daran zu beteiligen.

Sprottau. In der am 9. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung, welche nach langer Lokalfreier Zeit wieder einmal stattfinden konnte, wurde folgende Tagesordnung erledigt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1912; 2. Jahresbericht; 3. Wahl der Ortsverwaltung; 4. Wahl der Kartelldelegierten; 5. Bericht des Punkts 1 und 2 wurden dadurch erledigt, daß der Kollege Gindl als 1. Vorsitz die Abrechnung vom 4. Quartal verlas und darauf den Jahresbericht erstattete. Die Nichtigkeit wurde von den Revisoren bestätigt. Bei Punkt 3 entspann sich eine lebhafte Debatte; schließlich wurden folgende Kollegen gewählt: Richard Sper als 1., Josef Gindl als 2., Adolf Kirger als 3. Bevollmächtigter. Als Revisoren wurden die Kollegen Robert Kalmiski, Aug. Dreisch,

ner und P. Krause gewählt. Als Delegierte ins Gewerkschafts-
lokal wurden für Wallmly Paul Hornig, für Spittlau Ferd.
Thunz entsandt. Unter Vorsitz von Krause wurde lebhaft und be-
rechtigt über die Lage der Gewerkschaften in der Provinz
berichtet, dass bisher die Delegierten der Tabakarbeiter
ihre Funktionen ohne jede Vergütung haben ausführen müssen. Da
wir bisher noch keine Lokalfasse haben und auch von einer Ur-
kundung derselben unter den jetzigen Verhältnissen noch Abstand
genommen wurde, brachte Kollege Speer den Antrag ein, anstatt der
bislang erhobenen 10 % pro Quartier Kartellbeitrag jetzt 2 % zu
erheben, damit auch unsere Delegierten entschädigt werden können.
Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Im weiteren Ver-
lauf wurde ein von Kollege Schmidt gestellter Antrag an-
genommen, zu einer späteren Versammlung unseren Gauleiter
W. Clement zu bestellen, um uns einen Vortrag über „Volks-Ver-
sicherung“ zu halten.

Wände. Am 9. Februar fand unsere Mitglieder-Versammlung
mit nachfolgender Tagesordnung statt: 1. Winterberichten; 2. Kar-
tellbericht; 3. Bericht von der Konferenz in Essen; 4. Welferfahrt;
5. Verschiedenes. Zum 1. Punkt wurde beschlossen, am 9. März bei
Landwehrmann am Bahnhofsplatz eine Wintervergütung zu veranstalten;
das Eintrittsgeld beträgt für Herren 50 %, für Damen 30 %; alle
weiteren Arrangements sind der Ortsverwaltung übertragen. So-
dann wurde Punkt 2 und 3 gemeinsam behandelt, und führte der
Kollege C. Meule als Berichterstatter hierzu folgendes aus: Vor
etwa zwei Jahren hat eine Kartellkonferenz in Düsseldorf für Rhein-
land und Westfalen stattgefunden, dort ist eine Agitationskommission ein-
gesetzt worden, die zur Aufgabe hatte, den einzelnen Kartellen in
der Agitationsfrage mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Sie
hatte es nun für notwendig gehalten, eine Konferenz nach Essen ein-
zuberufen mit der Tagesordnung: Bedeutung der Wahlen zur
Arbeiter-Versicherung nach der neuen Reichsversicherungsordnung,
die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle, Regelung des Bibliothek-
wesens, Volksfürsorge. Die Aufgaben der Kartelle sind in erster
Linie, bei den Wahlen der durch die neue Reichsversicherung not-
wendigen Versicherungen zu den Krankenkassen und unteren Verwal-
tungsbehörden der Alters- und Invalidenversicherung, Wahl-
männern aufzustellen. In den Bezirken, wo keine Kartelle be-
stehen, haben die nächstliegenden Kartelle dafür zu sorgen. Auch
müssen die leitenden Kartelle die Vorstandsmitglieder der Kranken-
kassen mindestens vierteljährlich einmal zusammenkommen, um
über wichtige Fragen zu beraten. Wo es möglich ist, sollen die Ver-
treter sich zu losen Organisationen zusammenschließen. Jedes Kar-
tell soll verpflichtet werden, ein genaues Verzeichnis der am Orte
bestehenden Krankenkassen und der gewählten Vorstandsmitglieder,
Beisitzer zu dem Versicherungs- und Oberversicherungsamt zu
führen. Zur Führung dieser Liste muß in den Kartellen ein Ver-
trauensmann gewählt werden, der sich stets auf dem Laufenden
halten muß. Wenn Wahlen ausgeschrieben sind, hat er sich an die
einzelnen Gewerkschaften um Vorschläge zu wenden. Auch muß in
Zukunft mehr Wert auf die Befreiung der Vorstandsmitglieder der
Berufsständekassen gelegt werden. Vom Kartell aus müssen zu
diesem Zweck Betriebsversammlungen abgehalten werden, um
Stellung zu nehmen, damit freigelegte Arbeiter in Vorstand
und Ausschuss gewählt werden. Auch gehört zu den Aufgaben der
Gewerkschaftskartelle die Regelung des Arbeitsnachweises und das
Herbergschaffen, Führung von Statistik und Einrichtung von Bi-
bliotheken und Unterhaltung derselben. Auch soll, wenn möglich,
zu Einrichtungen von Arbeitersekretariaten übergegangen werden;
hinsu kommt noch die Förderung der Bildungsbestrebungen und
Jugendbewegung; ferner die Organisation der Volksfürsorge mit
den bestehenden Genossenschaften. Es lagen der Konferenz noch zwei
Anträge der Gauleitung Köln des Tabakarbeiter-Verbandes vor,
nach welchen nur Tabakfabrikate aus tariffreien Betrieben kon-
sumiert werden sollen. Es soll in den Kartellen und Gewerkschafts-
versammlungen hierauf hingewiesen werden, auch soll der Einfluß
dabin geltend gemacht werden, daß die Konsumvereine, freie Wirts-
vereine und Gewerkschaftskafes nur solche Waren führen. Ferner
wird beschlossen, daß die Mitglieder anderer Gewerkschaften ver-
pflichtet seien, ihre Familienangehörigen, wenn sie beim Tabak
arbeiten, auch im Tabakarbeiter-Verband zu organisieren. Die Ver-
sammlung verspricht, für die Durchführung der gefassten Beschlüsse
zu arbeiten. Unter Verschiedenes wurden noch einige kleine Sachen
besprochen und dem Vorsitzenden auf dem am 1. Juni stattfindenden
Ausflug (Dampferfahrt) hingewiesen.

Waldheim. Unsere Monatsversammlung, welche am 15. Fe-
bruar tagte, war erfreulich gut besucht und befaßte sich mit folgen-
der Tagesordnung: 1. Bericht der Sektionen; 2. Kartellbericht;
3. Verschiedenes. Dem Bericht der Sortierer ist zu entnehmen, daß
die Leitung dem Kollegen Büchner übertragen und als Beisitzer
Kollege Giesberg gewählt worden ist. Der Kollege Segura
wird den Arbeitsnachweis behalten, jedoch nicht unter Kontrolle ge-
stellt werden. Ein Bericht der Tabakarbeiter lag nicht vor, da selbige
ihre Sitzung ausfallen lassen mußten. Der Kartellbericht, der sehr
umfangreich war, wurde vom Kollegen Ratsch in vorzüglichster
Weise gegeben. Selbiger brachte auch den Jahresbericht, welchen er
in Eigenschaft als Vorsitzender des Kartells aufgestellt hatte, zu Ge-

nde, und wurden seine Ausführungen mit größtem Interesse ent-
gegengenommen. Desgleichen auch sein Bericht vom Bildungs-
ausflug; daraus war zu ersehen, daß hier das Hauptaugenmerk auf
die Jugendbewegung gerichtet war, wie auch die Schlusssatzungen
dabhi gingen, daß jeder Kollege mithelfen möge an der Gewinnung
wie am Bildungswert unserer Jugend, denn hierzu würde die Kraft
eines jeden, Kollegen wie Kollegen, gebraucht. Im Besonderen
wurde beschlossen, unsere Versammlungstag auf den 8. Sonnabend
nach dem 1. des Monats zu verlegen. Sodann wurde von den
Kollegen Ratsch und Giesberg auf das fehlerhafte Verhalten
seitens der Kollegen hingewiesen, welche sich von einer höheren in
eine niedere Klasse melden wollen, und werden die Kollegen, durch
die Ausführungen belehrt, wie falsch ihr Tun ist. Bevor nun der
1. Bevollmächtigte die Versammlung schließt, tritt er noch mit einem
Appell an die Kollegen und Kolleginnen heran, immer so zahlreich zu
erscheinen und dafür zu sorgen, daß es in Zukunft noch besser wird;
denen je größer der Besuch, um so lehrreicher und interessanter
würden die Versammlungen werden.

Kasewall. Am 16. Februar fand unsere Mitglieder-Versam-
lung statt, die folgende Resolution annahm: Die Kasewaller Kol-
legen protestieren energisch gegen die Maßnahmen des Vorstandes
und schließen sich der Behörde und Potsdamer Resolution an.
Die Kasewaller Kollegen freuen sich schon auf ihre Versammlung
vom Vorstand. Wir glauben, er will es von unserer Arbeitslo-
senunterstützung schon jetzt hören. Wenn Extrabeträge gefordert
werden, dann fällt es den kleinen Zahlstellen am schwersten bei
unserem hohen Verdienst. Aber haben wir auch mal Ansprüche,
dann können wir Wasser laufen lassen. Es fällt uns in unserem
Orte die Agitation schon schwer genug. Durch diese Handlungen
wird es immer schwerer gemacht. Durch dieses wird sich wohl unsere
Zahlstelle vergrößern?

Minden. Am 16. Februar fand für den Bezirk Haverstede
der Zahlstelle Minden in Haverstede eine gutbesuchte Mitglieder-
versammlung statt. Gauleiter Schlichter referierte über „Das
Hausarbeitsgesetz und die Lage im Beruf“. In Minden sind augen-
blicklich 27 Arbeitslose. Außerdem wird mit Einschränkung bis
30 Prozent der Produktion gearbeitet. Kollege Beer gab dann
noch bekannt, daß die Kollegen am 1. Juni von Wotho und Reine
aus eine Welferfahrt nach der Porta Westfalica unternommen. Ge-
schlossen wurde, an diesem Tage einen Ausflug nach der Porta zu
machen, dort sollen die Kollegen an der Welfer in Empfang ge-
nommen, und der Aufstieg zur Mittelburg mitgemacht werden.
Kollege Gert Meyer wies zum Schluss noch darauf hin, daß schon
wieder Wächte tätig seien, eine weitere Verbesserung des Tabaks
in die Wege zu leiten. Aufschluß dieser Verbesserung wäre es
Pflicht eines jeden Tabakarblers, für eine festgeschlossene Orga-
nisation zu wirken.

Chemnitz. Berichtigung. In dem Bericht von der Mitglieder-
versammlung in Nr. 8 des Tabak-Arbeiter dieses Jahrganges ist
gelogt worden, daß dem derzeitigen 2. Bevollmächtigten Entlassung
erteilt worden ist. Das trifft nicht zu, da eben die Abrechnung
nicht für richtig befunden wurde.

Berlin. Die gutbesuchte Mitglieder-Versammlung, die am
20. Februar tagte, hörte einen ausgezeichneten Vortrag der Ge-
wollten Gertrud Hanna über das Thema: „Die Gewerkschaften
— eine Kulturbewegung.“ Nach dem darauf vom Kollegen
Schulze gegebenen Jahresbericht betrug im 4. Quartal Einnahme
und Ausgabe in der Hauptkasse 7802,28 M., in der Lokalkasse
9300,00 M. Der Mitgliederbestand bestritt sich am Schlusse des
Quartals auf 1206. Dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht, der
vom Kollegen Schulze in einigen Punkten ergänzt wurde, ist fol-
gendes zu entnehmen: Die Hauptkasse blanzierete im Jahre 1912
in Einnahme und Ausgabe mit 26 008,04 M. Unter den Ausgaben
befanden sich folgende Posten: Mängelunterstützung
312,76 M., Wohlbewegung ohne Streik 3203,75 M., Arbeitslosen-
unterstützung an 15 Mitglieder 169,05 M., Kranen- und Wäch-
nerunterstützung an 285 Mitglieder 4350,50 M., Sierdenunter-
stützung für 7 Mitglieder 235 M., an die Lokalkasse 2804,55 M., an
den Vorstand 6650 M., Bestand am Schlusse des Jahres 729,26 M.
In der Lokalkasse war inklusive eines Bestandes von 7130,06 M.
eine Einnahme von 12 531,75 M. zu verzeichnen; der eine Ausgabe
von 4000,71 M. gegenübersteht, so daß am Schlusse des Jahres ein
Bestand von 7532,04 M. zu verzeichnen ist. Von dem Arbeits-
nachweis wurden 143 Zigarrenmacher, 54 Wickelmacher und 61 Bi-
jardellenmacher ermittelt. Nach einer kurzen, sich an den Jahres-
bericht anschließenden Diskussion, in der für die Zukunft eine größere
Ausführlichkeit des Jahresberichts gewünscht wurde, erfolgte die
Wahl der Ortsverwaltung. Es wurden die Kollegen Wilh. Boer-
ner als 1. Vv., Schulze als 2., Rob. Krumnowitz als 3. Be-
vollmächtigter, der Kollege Frey und die Kollegin Binuth als
Revisoren wiedergewählt. Als Hilfskassierer wurde der Kollege
Friedrich bestellt. Unter Verschiedenem wird beschlossen, den
ausgesperrten Kollegen in Holland 250 M. aus der Lokalkasse durch
den Kollegen Reichmann zu überweisen. Außerdem sollen auf den

einzelnen Kadetten Sammlungen zu dem gleichen Zweck befan-
listet werden. Auf weiteren Beschluß der Versammlung wird
folgendes Sympathietelegramm an die ausgesperrten gerichtet:
„Die heute in Berlin tagende Tabakarbeiter-Versammlung erklärt
sich mit den ausgesperrten Tabakarblern Hollands solidarisch und
wünscht baldigen Sieg im Kampfe gegen Unterdrückung. Finanzielle
Hilfe folgt.“

Währen (Westfalen). Zusammenbruch einer Orts-
gruppe des „Christlichen“ Tabakarbeiter-Ver-
bandes! Infolge des vom „Christlichen“ Tabakarbeiterverbande
in Weste ingetretenen Streikbruchs hat die hiesige Ortsgruppe des
„Christlichen“ Verbandes sich aufgelöst und das Verbandsmaterial
dem Hauptvorstande übergeben. Die „Christlichen“ Mitglieder haben
sich geschlossen im Deutschen Tabakarbeiter-Verband aufnehmen
lassen. Hier hat sich das Sprichwort bewahrheitet: „Lügen haben
kurze Beine!“ Die Kollegen waren mit der Zeit dahinter ge-
kommen, daß sie über das Verhalten ihres Verbandes beim West-
streik von ihrem Verbandsvorstand ganz unverschämte be-
lästert wurden sind. Diese Erkenntnis hat sie dann dazu geführt, ihre
Ortsgruppe aufzulösen. Am Sonnabend, den 2. Februar, fand eine
Tabakarbeiter-Versammlung in Währen statt. Gauleiter Schlichter
hielt das Referat. Die Versammlung war gut besucht. 15 Kollegen
traten dem Verbande bei.

Rehden. Nach den Sympathieberichten der Zahlstellen im
Tabak-Arbeiter zu unserem Eingangs in Nr. 4 des Tabak-Arbeiter
haben auch viele herzlich ihre Sympathien zu unserem Eingangs
an uns berichtet und uns gebeten, die Antwort des Ausschusses zu
veröffentlichen; wir wollen hiermit den Kollegen den Gefallen tun.
Sie lautet folgendermaßen: „Werte Kollegen! Der Ausschuss hat
sich mit einer Beschwerde betreffend verweigerter Arbeitslosenunter-
stützung beschäftigt. Ich bin beauftragt, euch folgendes mitzuteilen:
Die Auslegung, die ihr dem § 9 des Statuts gebt, ist durchaus un-
zutreffend. Die Arbeitslosenunterstützung wird nur dann vom
ersten Tage an gezahlt, wenn es sich um wirklich aus der Arbeit
Entlassene handelt. Es ist immer in unserem Verbande üblich ge-
wesen, daß an Mitglieder, die vorübergehend einige Tage ausfallen
müssen, keine Arbeitslosenunterstützung gewährt wird. Der Vor-
stand hat mit seiner Bestimmung erneut bekannt gegeben. Der Vor-
stand hätte seine Pflicht nicht getan, wenn er anders gehandelt hätte.
Der Ausschuss mußte aus diesem Grunde die Beschwerde als un-
begründet zurückweisen. Wir bedauern, daß wir nicht anders handeln
können, denn von der Notlage der Kollegen sind wir auch überzeu-
gt. Bitte noch, den übrigen Beschwerdeführenden von dieser Entscheidung
Kenntnis zu geben.“ Wir und mit uns viele Kollegen haben ge-
dacht, daß der Ausschuss etwas gerechter handeln würde, aber da
hätten wir uns getäuscht, denn es bleibt beim Erlaß des Vorstandes.
Wir werden die Gerechtigkeit weiter verfolgen, denn solche un-
gerechte Auslegung des § 9 würde der reaktionäre Richter in Si-
birien nicht fertig bringen, wie sie uns der Vorstand und Ausschuss
aufgetrieben hat. Eitliche Kollegen hatten, falls der Ausschuss die
Angerechnung bestritten, ihren Ausschuss empfangen. Wir
müßten die Kollegen vorläufig noch von ihrem Vorhaben abraten,
denn die Generalversammlung wird dem Vorstand klar machen, daß
die Generalversammlung in unserem Verbande zu wachen hat. Der Vorstand
soll nicht nur nach höheren Gehältern trachten, sondern soll auch
seine Mitglieder gerecht behandeln und ihnen geben, was sie zu
verlangen haben. Kollegen! Ein kluges Recht besteht ja leider
in unserem Verbande nicht, um die ungerechte entzogene Unter-
stützung auszulösen, und die Zustände sind sämtlich dafür, daß
die Mitglieder nicht zu ihrem Recht kommen sollen, nun müssen wir
uns selbst helfen. Es besteht nur noch eine Hoffnung, und das ist
dem Vorstand mit Ausschuss abzugeben und einen vollständig neuen
zu wählen. Darum müssen wir an alle gerecht denkenden Kollegen
appellieren und müssen dafür sorgen, daß zur nächsten Generalver-
sammlung nur solche Delegierte gewählt werden, welche sich ver-
pflichten, den alten Vorstand und Ausschuss abzubauen und einen
vollständig neuen zu wählen, welcher gerechter handeln und bei
Auslegung der Paragrafen nach dem Grundgesetz verfahren wird:
„Jedem das Seine.“ Also Kollegen, erfüllt eure Pflicht und der
Erfolg wird nicht ausbleiben!

Mehrere Behnender Kollegen.

Mitglieder, agitiert für den Verband!

L. COHN & Co. BERLIN N. Brunnenstr. 24.
Soeben erschien: **Liste 202!** **Deutschlands grösstes Wickelformenlager**
für gebrauchte Formen mit ca. 700 Abbildungen. Zusendung kostenlos sofort!

J. H. Koopmann, Bremen
Fernsprecher 3946 Neustadtwall 36 Fernsprecher 3946
empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit:
Sumatra-Decker, Rollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500, 540
Sumatra-Umblatt, Rollblatt, 155, 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 320, 340, 360, 380, 400, 420, 440, 460, 480, 500, 520, 540, 560, 580, 600
Java-Decker dunkel 220 A, hell 260, 280, 300, 320 A
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 A
Java-Einlage 95 A, mit Umbl. 110, 120, 130 A
Vorortland-Decker 260, 275, 300, 320 A
Brazil-Decker 175, 200, 210 A
Brazil-Einlage u. Umbl., leicht u. hoden, 125, 130, 140, 150, 160 A
Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400 A
Havana 200, 250, 300, 400 A
Decker 700 A
Yara-Cuba 200, 220 A, feine Qualität
Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 A
Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 A
Domingo-Umbl. 110, 120, 130 A
Domingo-Einlage und Umblatt 100 A
Rio-Grande-Decker 120, 130 A
Einlage 110 A
Losgut, nur überseeische Original-Tabake, meist Umblatt, 100 A
beste Sorte leicht und sehr blattig 110 A
Wickelformen (neu und gebraucht in allen Fassungen von 50—150 A)
Neue, schmelztaugliche Formenpressen mit Flammgerinde, besonders
für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Gummi-
Tragband, allezeitige Ware, größte Stärke, per Pfd. 250 A. Zigarren-
band pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150; rot 130 A.
Rechtshandband, grau und lackfarbig, pro 100 Meter-Rolle 150 A. [9

Geldnot
ist das Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie am rechten
Ort. In dem Kleidermagazin erhalten Sie von
Millionären
stehenden, am meisten beliebten nur wenig getragene reinwollene, viel-
fach auf Seide gearbeitete Sachen. Sie kaufen reell und billig nur bei
M. Diamond, München
Buttenmehlgasse 5
Verlangen Sie noch heute ohne Verbindlichkeit meinen Katalog 38, welcher
Spuren gratis und franco zu Diensten steht. Die bedeutenden Vorteile, welche
ich Ihnen biete, werden Sie dann selbst erkennen.
Coste-Anzüge, 1- und 2-reihig von M. 10—40
Schwalbenschwanz-Anzüge " " 7—35
Bekleidungs-Anzüge, schwarz und Modifarben " " 10—40
Grad- und Smoking-Anzüge " " 10—45
Einzeln Hosens und Coste " " 3—10
Moderne engl. Wäster, 1- und 2-reihig " " 6—30
Winterüberzieher " " 4—18
Gummimäntel in allen Farben " " 14—30
Stadtpelze " " 60—200
Große Abteilung für hochfeine neue Garderobe zu staunend
billigen Preisen.
Küpfel angehängt, da für nichtwollene Waren unbrauchbar das Geb
zurückgeben oder auf Wunsch umgetauscht wird.
Vorsand nur per Nachnahme.

Offeriere div. hundert Zentner
gemischte fertige Zigarreneinlage
pro Pfund 95 A, bei Abnahme von 100 Pfund 90.— M. Franto
Zusendung. Hochfeine Mischung zu 5 A-Zigarren. Ill. Preisliste gratis
und franco. Versand nur unter Nachnahme. [18
Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Weltweites Nachttabak-Verkaufsgeschäft der Provinz. — Begr. 1886.

Achtung! Rohtabak! Zufallskauf!
Sumatra-Decke Deli Myl
britte Länge Rollblatt, hell, äußerst gut in Deckkraft, Farben und
Brand, empfohlen bei Abnahme von 60 Pfund verkümmert
pro Pfund Mk. 2.50. Typen versenden gratis und franco.
Hengfoss & Maak, Altona-Ottensen
Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 25.

garrenindustrie gestanden hätte als noch alles Fabrikarbeit war und wie sie herunterkam, als mehr und mehr die Hausindustrie Platz griff. Dann wies er auf die gesundheitlichen Schäden der Hausindustrie für den Konsumenten, und auch für den Arbeiter hin. Im Brüllton tiefster Überzeugung verkündete er, man braucht nicht Unschlichkeiten im Auge zu haben (na! na!), um zu sehen, welche Nachteile die Hausarbeit für den Arbeiter und seine Familie im Gefolge hat. Dann schrieb er stolz und selbstbewußt weiter, wie er auf Grund dessen weder Mühe noch Kosten gescheut habe, um eine moderne Zigarrenfabrik zu errichten. Welch ein guter Mensch er ist, bewies er an den hohen Löhnen, die er in der Fabrik zahlen wollte. Die Deftigster Tabakarbeiter atmeten auf. Endlich einmal ein einsichtsvoller Fabrikant! Nun wird es auch in Deftig besser werden; denn andere Fabrikanten werden nachfolgen! Und wenn man sich die Geschichte besieht, war sie gar nicht so übel. Eine moderne Fabrik und hohe Löhne, dazu noch einen einsichtsvollen und herzensguten Fabrikanten — die Geschichte ließ sich sehen! Nun mußte Herr Schimpf Arbeiter in seine Fabrik haben. Zu diesen Zweck mußte er sich an unseren Arbeitsnachweis nach Dresden; von diesem bekam er auch tüchtige und solide Arbeiter vermittelt. Anfangs ging die Sache auch ganz gut. Schimpf zahlte ganz annehmbare Löhne, und die Kollegen freuten sich, eine so gute Arbeitsstätte gefunden zu haben. Seinen Hausarbeitern hatte Herr Schimpf freigestellt, auf der Fabrik zu arbeiten; ein Teil von ihnen gab denn auch die Hausarbeit auf und ging in die Fabrik. Da sie nicht organisiert waren, traten die vom Arbeitsnachweis vermittelten Kollegen mit der Bitte an sie heran, sich dem Verbande anzuschließen; was dann auch geschah. Mit süßem Miene mußte das Herr Schimpf gesehen lassen, wollte er nicht gleich mit seinen Arbeitern in Konflikt kommen. Der Anfang war also gut und vielversprechend, aber die Herrlichkeit dauerte nicht lange. Bald hatten die Arbeiter über schlechtes Material zu klagen, bald wurden auch die teuren Sorten nicht mehr gemacht, so daß es einige Kollegen vorzogen, der Firma den Rücken zu kehren.

Im Herbst vorigen Jahres fanden die Vertreterwahlen zur Tabakarbeiter-Ortskommission statt; die diesige Wahlstelle hatte eine eigene Vorschlagsliste herausgegeben, welche von den Schimpf'schen Arbeitern glatt gemißt wurde. Diese Wahl mußte nun Herrn Schimpf gezeigt haben, daß er es mit einer gut organisierten Arbeiterchaft zu tun hatte, und daß die Zeit, wo die Organisation in seinem Betriebe so gut wie unbekannt war, vorüber war. Kurz entschlossen kündigte er nach einiger Zeit seinen sämtlichen Arbeitern mit der Begründung, das Geschäft gehe schlecht. Also Herr Schimpf, der von lauter Wohlwollen für seine Arbeiter trieb, brachte es fertig, 14 Tage vor Weihnachten, dem Fest der Liebe und des Friedens, seine Arbeiter, die er teilweise von weither herangelockt hatte, auf Straßensplätzen zu werfen, wo sie, wenn ihnen der Verband nicht zur Seite gestanden hätte, in die bitterste Not geraten wären. Hier entpuppte sich Herr Sch. wieder als der rücksichtslose Kapitalist, dem es in der Fabrik seiner Mittel nicht darauf ankommt, wenn es gilt, der verhassten Organisation ein auszuweichen. Denn nach allem was vorgefallen ist, kann man nur annehmen, daß der Schlag gegen die Organisation gerichtet war. Wie will es Herr Sch. rechtfertigen, daß er jetzt wieder die von ihm in Grund und Boden verdorrte Hausarbeit zu Ehren bringt? Hat die Hausarbeit nun mit einemmal die ganzen Schäden verloren, die ihr nach seinem früheren Schreiben anhafteten? Sch. fragt jetzt nicht mehr nach der Gesundheit der Arbeiter, sondern er läßt die Zigarren zu einem Lohne, der 1 bis 2 M. niedriger ist, als der in der Fabrik gezahlte, ruhig wieder zu Hause machen. Man muß sich da doch fragen: Wo bleibt da die Konsequenz? Ders ist das rücksichtslos Fabrikantenlogik? Nein, nicht aus Wohlwollen für die Arbeiter, sondern aus nachstem Egoismus hat Herr Sch. die Fabrik erbauet; und als sie seinen Erwartungen nicht voll entsprach, warf er ohne Gnade die Arbeiter hinaus. Die Handlungsweise dieses Fabrikanten sollte doch manchem Arbeiter die Augen öffnen; sie sollten erkennen, daß sie auf schöne Worte und Versprechungen von Seiten der Fabrikanten nichts geben können und daß sie die Verbesserung ihrer Lage selbst in die Hand nehmen müssen. Das können sie, indem sie sich organisieren.

Wären die Deftigster Kollegen stark organisiert, würden sich die Fabrikanten hüten, so rücksichtslos mit ihnen umzugehen, wie es sich Sch. erlauben durfte. Zum Schluß fordern wir die Deftigster Kollegen auf, bei der Firma Sch. & Sohn nicht in Arbeit zu treten, damit die Firma sieht, daß man nicht ungestraft die Arbeiter auf diese Weise behandeln darf.

Berichte.

Halbau. Die am 13. Februar abgehaltene Mitgliederversammlung der Zahlstelle Halbau besaßte sich zunächst mit Paragraph 9 des Statuts und der Auslegung desselben durch den Vorstand. Nach längerer Aussprache wurde einstimmig beschlossen, sich dem Protest der Zahlstellen Botsdam, Heidenau, Frankfurt a. D. und Neuhaus anzuschließen. Die Versammlung erkennt zwar dem Vorstand das Recht zu, im gegebenen Falle die Beiträge zu erhöhen, aber uns die Unterfertigung zu entziehen, soweit geht es denn doch nicht. Wir ersuchen deshalb sämtliche Zahlstellen, wegen dieser Angelegenheit Protestversammlungen abzuhalten, damit die Mitglieder zu ihrem Recht kommen. Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit der Pensionierung eines Gauleiters. Auch hier sprachen sich die Kollegen gegen den Beschluß des Vorstandes aus. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die gut besuchte Mitgliederversammlung vom 1. März hat sich entschieden dagegen, die Verbandskasse zu einer Pensionkasse für Gauleiter zu machen, da hierunter der Kampfcharakter des Verbandes leiden muß. Wir erwarten vom Vorstand und Ausschuß, daß dieser Beschluß aufgehoben wird. **Mitteilung im 9. Gau (Januar).** Da in verschiedenen Orten des Gaues die Zigarettenindustrie stark vertreten ist und sich die, nach meinem Dafürhalten übermäßig lang hinausgedehnte Inventurzeit eingestrichelt hat, wurden in den Ortschaften Aeg, Oelsau, Zuffenhausen Hausagitationen unternommen. In Stuttgart unternahm auch die Sektionsleitung Hausagitationen. Mit Ausnahme von Zuffenhausen wurden in allen Orten Aufnahmen erzielt. In Heidenheim und Bred wurden Hausagitationen bei den Tabakarbeiterinnen unternommen, die auch einige Erfolge zeigten, die in Anbetracht der mühseligen Arbeit aber recht minimal waren. Wesentliche Versammlungen wurden abgehalten in Hall, Steinheim, Schnaitheim, Heidenheim, Södingen und Bred; auch hierbei wurden einige Aufnahmen gemacht. Mitgliederversammlungen, welche die Anwesenheit des Gauleiters erforderten, tagten in Stuttgart, Zuffenhausen und Nürnberg je eine. Betriebsversammlungen fanden statt in Heidenheim eine, in Heilbronn zwei, in Aegbach drei und in Stuttgart sieben. Durch die in diesen Versammlungen zutage tretenden Umstände und Verhältnisse machten sich zwei Eingaben notwendig, die wiederum eine Unterhandlung erforderlich machten. Die eine Angelegenheit endigte mit teilweisem Erfolg, die andere war am Schlusse des Berichtmonats noch in der Schwebe. Revisionen fanden drei statt; außerdem wurde der Gauleiter zu zwölf Sitzungen zugezogen, die in der Regel vor oder nach vorausgegangenen Aktionen stattfanden und auch notwendig waren. Gestatten wir uns einen Rückblick auf die geschäftliche Lage, so ist zu konstatieren, daß mit Ausnahme einiger Firmen der Geschäftsgang kein floter ist, dieses trifft hauptsächlich zu auf die Zigarren- und Zigarettenindustrie, und spiegelt sich auch im Arbeitsnachweis wieder. Arbeitsangebote wurden keine gemacht, Arbeitsnachfragen liefen mehrere ein; viele Arbeitslose wanderten durch, die schon längere Zeit außer Arbeit waren; sie glaubten im Süden ein Unterkommen zu finden. Den meisten ward dieses zweifelhafte Glück nicht beschieden, und denen es glückte, wurde es bald klar, daß sie bei dem miserablen Verdienst und der teuren Lebensweise nicht existenzfähig waren; sie zogen es vor, wieder nordwärts zu ziehen.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus); Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.
Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Gelb-, Einlösch- und Verleumdungen nur an B. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Kantabteilung der Groß-Anlaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5849 beim Postfachamt in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Joh. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Alenborg, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Emil Otten, Altona-Dittensen, Hohensch 3, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Ohne Abmeldung abgereist von Rostock: Heinrich Hebert aus Gehdenke, S. II 92 620, aufgenommen 18. 4. 12. An vorstehendes Mitglied darf keine Unterstützung gezahlt werden. (Siehe Nr. 468.)

Alle Zahlstellen, die noch alte Marken im Besitz haben, werden ersucht, diese nunmehr einzulösen.

Den Mitgliedern zur Beachtung!
Mitglieder, welche die Absicht haben, ihre Arbeitsstelle zu wechseln, und solche, die sich auf Wanderschaft befinden, sind verpflichtet, sich vorher stets an die Bevollmächtigten desjenigen Ortes zu wenden, wo sie Arbeit anzunehmen gedenken.

Das Umschauen auf den Fabriken ist streng untersagt.
Der von den Anreisenden dieses anher nicht leicht, erhält keine Unterstützung. Alle Mitglieder wollen daher im eigenen Interesse vorher bei im Gau und in Zahlstellen vermittelten Arbeitsnachweisen Nachfrage halten. Man schreibe sich die Arbeitsnachweisstelle aus.

Hamburg und Umgebung. Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der Zugang nach Hamburg und Umgebung fernzuhalten. Mitglieder, die trotz dieser Warnung hier zureisen, erhalten keine Unterstützung.

Adressenänderungen der Gauleiter.

Der Gauleiter des letzten Gaues Berlin, Robert Henschel wohnt vom 1. März ab Berlin-Pantow, Arkonstr. 71 II. Wir ersuchen die Bevollmächtigten der früheren Gaue Berlin und Osting, alle für die Gauleitung bestimmten Zuschriften an diese Adresse zu richten.
Der Vorstand.

Abrechnungen vom 4. Quartal 1912 gingen beim Vorstand ein in der Zeit vom 20. bis 25. Februar 1913:
Gau Berlin: Senftenberg.

Vom Vorstande sind ernannt:

- Hohenleuben: Joh. Singer 1., Leo Brüste 2., Otto Schrap 3. Bev., Rob. Wintler, Paul Stephan Kontrollen.
- Neudamm: Ernst Trippenke 1., Erich Gorn 2., Georg Schulz 3. Bev., Otto Kluth, Fritz Drieling, Georg Teiler Kontrollen.
- Meschede: Aug. Schmidt 1., Eduard Stiege 2., Wilhelm Rughardt 3. Bev., Rich. Gehharb, Gottl. Köhler Kontrollen.
- Neusalz: Wilh. Dreiling 1., Wilhelm Mielke 2., Bruno Dork 3. Bev., Vinus Hense, Otto Unglaube Kontrollen.
- Sprottau: Rich. Speer 1., Joh. Czimbors 2., Ad. Bürgel 3. Bev., Rob. Kalmuhl, Aug. Drechsler, Paul Krause Kontrollen.
- Vilbde: Aug. Schirmeyer 1., Carl Hommer 2., Heinz Wippermann 3. Bev., Heinrich Dubi, Wilh. Timmermann Kontrollen.
- Sage: H. Harms 1., G. Lehmann 2., J. Siebert 3. Bev.
- Schönlank: Emil Guberjahn 1., Emil Herzberg 2., Friedr. Klingbeil 3. Bev., Fritz Dein, Emil Vogel Kontrollen.
- Troschhausen: Milan Kämmerer 1., Peter Doffinger 2., Andr. Koch 3. Bev., Anton Röber, Marg. Spahn Kontrollen.
- Trosch-Milgen: Heinz Haas (Maurer) 1., wohnt in Trosch, Villa-Heide Steinmüller-Röbgen 2. Bev., Kath. Rau, Helene Panzer Kontrollen.
- Altenbusch: Wilh. Alban 1., Georg Sch 2. Bev.
- Hiesgen: Heinz Algel 1., Heinz Günther 2., Rich. Andra 3. Bev., Karl Beder, Wilh. Rentmeister Kontrollen.
- Steinberg: Heinz Schäfer II 1., Konr. Johs. Brädel 2. Bev.
- Veßberg: Fr. Lina Beder 1. Bev.
- Waldberg: Karl Feib 1., Frieda Valentin 2. Bev.
- Krosdorf: Karl Beder (Maurer) 1., Adam Schieferstein 2. Bev., Ida Amend, Kath. Kirch Kontrollen.

Adressenänderungen.

- Neusalz a. H. D.: Der 1. Bev. Wilh. Dreiling wohnt Schifferstr. 7, der 2. Bev. Wilh. Mielke Engengasse 18 II.
- Sage: Der 2. Bev. G. Lehmann wohnt Langestr. 92 a.
- Schönlank: Der 1. Bev. Emil Guberjahn wohnt Wilhelmstr. 17, der 2. Bev. Emil Herzberg Wilhelmstr. 40.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

- A.-U. = Arbeitslosenunterstützung. K.-U. = Krankenunterstützung.
- Neusalz: A.-U. bei Wilhelm Mielke, Engengasse 18 II.
- Stuttgart: A.-U. u. K.-U. bei Hubert Diebold, Berg, Kirchstr. 8. Samstag von 4 bis 6 Uhr nachm. und Sonntags vorm. von 10 bis 12 Uhr. Die Mitglieder werden ersucht, die Unterstützung jede Woche zu erheben.

Arbeitslosenstatistikarten.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten aller unserer Zahlstellen, die mit der „Tabak-Arbeiter“-Sendung in Ihren Besitz gelangte graue Statistikarte („Kaiserl. Statistisches Amt“) gewissenhaft zu beantworten und sie dem Vorstande in Bremen bis spätestens 5. März einzulösen zu wollen.
Als Stich- und Zähltag ist Sonnabend, 22. Februar d. J., zu nehmen.
Mitglieder, welche krank, gemindert oder ausgesperrt sind, und streikende Mitglieder dürfen als arbeitslose Mitglieder nicht mitgezählt werden.
Wir erwarten nun bestimmt, daß die Bevollmächtigten aller Zahlstellen unseres Verbandes ihre Pflicht erfüllen, und die grauen Statistikarten nicht allein gewissenhaft beantworten, sondern auch rechtzeitig einsenden werden.
Zahlstellen, die aus Versehen keine Karte erhalten haben, müssen dem Bureau sofort Nachricht geben.
Zahlstellen, die keine Karten einsenden, werden veröffentlicht.
Bremen. Der Vorstand.

Vom 17. bis 24. Februar 1913 sind folgende Gelder bei mir eingegangen. B. = Verbandsbeiträge, G. = Extramarken, S. = Zurückzahl.
15. Februar: Altken B. 8,90 von Chr. Rau. Gehdenke B. 600. Wiesbaden B. 50. Chemnitz B. 200. 16. Februar: Stuttgart B. 200. Ost (Wab.) B. 180. 17. Februar: Bred B. 100. Vera B. 200. Kirchhagen B. 375. G. 39,50. Eesen B. 100. 18. Februar: Ströbnum B. 100. Altda B. 80. 18. Februar: Sperga B. 600. Nordhausen

B. 1000. Altenburg B. 100. Stralsburg B. 800. 20. Februar: Senftenberg B. 48,50. E. 650. Halberst. B. 100. Mennighöfen B. 107,40. 21. Februar: Frankenhausen B. 600. Bremen, den 24. Februar 1913.
B. Nieder-Welland, Kassierer.
Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland sind folgende Gelder bei mir eingegangen. 21. Februar: Berlin, K. Schulze, durch C. Deichmann 250 M.
Bremen, den 24. Februar 1913.
B. Nieder-Welland, Kassierer.

Arbeitsnachweise.

- Die Bureau befinden sich:
Für den Gau Hamburg:
Altona: Gottlieb Ostertag, Bureau: Eimsbüttelerstraße 10.
Für Bremen:
Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.
Für den Gau Braunschweig:
Braunschweig: Ernst Spardale, Bauernstraße 48, II. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zugeriste dort Arbeitslosenunterstützung.
Für den Gau Nordhausen:
Nordhausen: Verbandsbureau: Hoffstraße 14.
Mühlhausen i. Th.: Emil Rother, Rosenstraße 8.
Für den Gau Gersdorf:
Gersdorf: Wilhelm Schlichter, Bureau, Rurfschloßstraße 8.
Vilbde: Karl Wente, Bahnhofstr. 4.
Für den Gau Köln:
Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.
Für den Gau Frankfurt a. M.:
Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Eisenaustr. 118 II.
Für den Gau Osting:
Osting: Georg Durban, Zornhallenstraße 11 I.
Für den Gau Heilberg:
Heilberg: Gauleiter Chr. Stod, Hauptstr. 118 a, II. Seitenbau.
Mannheim: Ferd. Dahms, G. 5, I.
Für den Gau Karlsruhe:
Karlsruhe: A. D. Seifing, Werberstraße 95, prt.
Für den Gau Erfurt:
Erfurt: Anton Fischer, Udestedterstraße 28. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.
Für den Gau Dresden:
Dresden-M.: Joseph Domene, Rittenbergstr. 2 III, Zimmer 84. Walter Nabis, Dresden-Büchen, Torquaterstr. 66, prt., für die Sortierer.
Für den Gau Breslau:
Breslau: Wilhelm Krämer, Kupferschmiedestraße, Ecke Oberstraße 20 I.
Für den Gau Berlin:
Berlin: Alwin Schulze, Berlin. Bureau: Dragonerstraße 6a, vorn, II. Etg.
Für den Gau Osting:
Osting: Robert Henschel, Erste-Niederstraße 18.

Alle Arbeitsuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Arbeitsnachweise für Sortierer und Ristenbekleber

- Leipzig: Ferd. Foll, Leipzig-R., Gabelsbergerstr. 80 II.
- Wlitz: Heinz Waltermann, Bloth, Wäckerstr. 83
- Freiberg: Carl Reibmann, Rühlentalstr. 8 II.
- Breslau: Rich. Langner, Rühlengasse 6.
- Hohenheim: Mart. Trautlein, Luisenstr. 11.
- Wieg: Anstalt in Arbeitsangelegenheiten für Sortierer erteilt: Carl Sauste, Neuhäuserstr. 68.
- Dübena: Franz Janta, Staupstr. 18 I.
- Altenburg (S.-A.): Ernst Krimm, Jungfergasse 63 II.
- Berlin: Otto Krämer, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 195.
- Bremen: Louis Wehner, Neustadt-Kontorcarpe, Ecke Dagestr.
- Waldheim: Herm. Segura, Kaiserstr. 8, II.
- Deftig: Oswald Heiblich, Dübenerstr. 2.
- Erfurt: Otto Gerlich, Kleiststr. 18 pt.
- Apolda: Edm. Döring, Dornschloßstr. 46.
- Vilbde: Carl Wente, Bahnhofstr. 4.
- Frankenberg: Max Lottemy, Reichstr. 11.
- Bauhen: Valentin Martwick, Streblackerstr. 12.
- Mittelwe: Walter Raabe, Steinweg 79.

Mitglieder-Versammlungen.

- Jeder ernsthafte Gewerkschafter besucht regelmäßig die Versammlungen!
Sonnabend, den 1. März:
Minden: Nachm. 5, Kollosseum. L.-D.: Vortrag des Gauleiters Schlichter: Monopol- und Steuerbestrebungen in der Tabakindustrie, Verschiedenes.
Barel: Ab. 9, bei G. Brunken, Achterstraße.
Montag, den 3. März:
Braunschweig: Ab. 8 1/2, Stadthaus. L.-D. wird dort bel. geged.
Chemnitz: Ab. 1/2, Bauernsche Bierhalle. L.-D.: Larisbewegung, Verschiedenes.
Sonnabend, den 8. März:
Magdeburg: Ab. 8, bei Böhme, Al. Klosterstr. 16.
Mühlhausen i. Th.: Ab. 8 1/2, im Kaiser Wilhelm, L.-D.: Wahl eines 1. Bevollmächtigten, Innere Verbandsangelegenheiten.
Schweidnitz: Ab. 8, bei Wmde, Gondolastich. L.-D.: Kartellbericht, Erhöhung der Sozialbeiträge, Sozialfrage, Verschiedenes.
Sonntag, den 9. März:
Eger: Nachm. 5, bei Kiermann. L.-D.: Vortrag des Gauleiters Schlichter: Monopol- und Steuerbestrebungen in der Tabakindustrie, Verschiedenes.

Gestorben:

- Am 28. Januar zu Eschwege Anna Hiemann, geb. Dinkert, aus (?), (?) Jahre alt.
 - Am 19. Februar zu Deuben Anna Göpfert, geb. Winler, aus Deuben, 55 Jahre alt.
 - Am 20. Februar zu Dberode Karl Wehus aus (?), 28 Jahre alt.
 - Am (?) zu Altenburg Laura Denker aus Altenburg, (?) Jahre alt.
- Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 21, Mozartstraße 6, I.
Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. H., Steinstraße 22.
Scheidungsgericht: G. Feib, Hamburg 89, Schwenkstraße 64 II.
Eingegangen: Bried M 25,24, Meissen 60.—, Kirchheim 200.—, Neuhäuf 150.—, Bernburg 40.—.
Sternkassen: Cannstatt M 11,73, Rostock 7,50, Bried 9,55, Meissen 20.—, Heilingsfeld 26,20, Bernburg 69,48, Berlin 78,44, Ottenen 90.—, Deuben 5,55, Wendenheim 19.—.
Zusätze: Hess. Dberhof 75.—, Rauh 50.—, Breslau 900.—, Neuhäuf 200.—, Sandhöfen 70.—, Bülwäcker 50.—, Braunschweig 100.—, Ottenen 190.—, G.-Anheim 100.—, Leipzig 100.—, Guldshafen 50.—, Halle a. E. 100.—, Goldberg 50.—, Dberode 80.—, Ottershagen 50.—, Hamburg 200.—, Frndersheim 12.—.
Frankfurt a. M. 154,87.
Hamburg, den 24. Februar 1913. R. Otto.

H Ca. 15000 gebräuchte Formen F

in ungefähr 300 verschiedenen Fassons auf Lager.

Soeben 3000 nur **moderne** Formen neu eingetroffen!

Die Formen sind gut erhalten, vielfach wie neu. Große Posten jeder Sorte.

Fast nur moderne Fassons, darunter alle Spezialitäten!

Sehr billige Verkaufspreise! Verlangen Sie Musterbogen!

= Mein Lager gebräuchter Formen wird ständig ergänzt! =

Java-Bezoeki-Nr. 1834, Vollblatt 2. Länge
Decke reif, edel, schneew. Brand

Mk. 2.10

Noch sehr grosses Lager in
1910^{er} Uckermärker Tabaken!

Horrend billige
**Sumatra-
Decken!**

Heinrich Franck

Berlin N. 54
:: Brunnen-
Strasse 22

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4352

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14

Neu eingetroffen!

Neu eingetroffen!

Sumatra Nr. 7252

1. Länge Vollblatt, rechte helle Farben, riesig bedend, ff. Brand, per Pfund 3.25 Mark verzollt

Java Nr. 7259

Qualitätsaufarbeiter, 2. Länge, flott im Brand, per Pfund 1.30 Mk. verzollt

Verlangen Sie meine neueste Rohtabak-Preisliste!

Ferner empfehle

Werkstoffe zur Zigaretten-Fabrikation

insbesondere: Meine bekannte besteingeführte Widelmachine, pro Stück M. 18, Formepressen, Ia Material, von M. 7.75 an, Zigarettenband, Rolle à 50 m von 45 an, echt engl. Amiac sec. pro Pfund M. 1.75, Tragant von M. 1.50 pro Pfund an, Tabak-anleuchter (Berfäuder) in unerreicht schöner Herstellung von 75 an, prima Einlage-Papier, blau, pro Pfund 17 an.

Alle Kataloge gratis und franco.

Für Werkstoffe Winterzimmer u. Verkaufslager in Hamburg:
S. Buchthal, Hamburg, Stadthausbrücke 37.

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482

— anerkannt reelle, billige —
Bezugsquelle sämtlicher Tabake
empfehle

Sumatra-Decker (schneew. Brand) 180, 200, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500 an

Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140, 150, 160, 170 an, Stückblatt 180, 140, 150 an

Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 an, (mittel) 200, 230, 240, 250 an

Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 an

Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115 an

Vorstenland-Decker 180, 200, 220, 240, 260, 270, 300, 320, 350 an

Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 280, 240 an

Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 an

Geschnittene Einlage 110 an

Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 130, allerfeinstes Umblatt 140 an

Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130 an

Seedleaf 110, 120 an

Losgut (stättig) 95, 100 an

Original-Mischung 105, 110, 120 an

Havana 150, 200, 250, 300, 400 an

Decker 650 an

Yara-Cuba (sauer) 180, 200, 250 an

August Durladler

Mannheim 2, B. 7, 9

Alle Sorten Tabake vorzollt und versteuert inkl. Wertsteuer. Reelle Bedienung. Versand gegen Nachnahme mit 3% Skonto. Abgabe jeden Quantums. Gr. Formenlager.

Preiswerte Tabake.

Sumatra-Decker Nr. 506, 2. Länge Vollblatt, hellbraun, 220 an

Sumatra-Decker Nr. 556, 2. Länge Vollblatt, hell bis fast, 260 an

Sumatra-Decker Nr. 504, 3. Länge Vollblatt, hell und feibig, 300 an

Sumatra-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellbrauner Qualitäts- tabak, 320 an

Sumatra-Decker Nr. 502, 2. Länge Vollblatt, mattbrauner Qualitäts- tabak, 350 an

Java-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellfast, 200 an

Vorstenland-Decker Nr. 513, 1. 2g. Vollblatt, hellbraun, 260 an

Vorstenland-Decker Nr. 512, 2. 2g. Vollblatt, hell, 330 an

Brasil-Decker, hellfast, sehr günstig bedend, 240, 270 an

Mexiko-Decker, dunkler Qualitäts- tabak, 3 Pfd. bedend, 400 an

Java-Umblatt, alles Vollblatt, 140, 150, 160, 170 an

Domingo-Umblatt, großblättrig, trocken, 120, 135 an

Carmen-Umblatt, sort. gut- schmeckend, 120, 130, 140 an

Seedleaf, feine Qualität, 145 an

Java-Einlage 105, 110, 115 an

Carmen-Einlage 105, 110 an

Brasil-Einlage 135, 145, 150, 160, 170 an

Losgut, allerbeste Ware, viel Um- blatt, 100 an

Brinkmeier & Co.

Bremen, Geeren 42.

Grus 25, 55, 85, 95, Fas. Rip. 25, 9 Pfd. aus. geg. 5 an
fr. 40 Pfd. 30 Mk. ff. Einlage I. entrippt, statt 1 1/2, 1 1/4, 5 hell Dell, 6 dopp. Umbl. 5% ab, 5 Met. 5 Mk. frk.

Kemmler, Breslau 6.

Drucksachen Schmalfeldt & Co., Bremen.

Hermeking & Boy

Berlin H., Brunnenstrasse 183

Sumatra-Decke, sehr große Aus- mach, mittel- und hellfarb. Voll- blatt, 2. und 3. Länge à 250 bis 500 an, hell ff. 600 an

Vorstenland-Decke, dunkel, bester Mexiko-Ersatz, à 260 an, helle Rehrbede à 300-400 an

Java-Einlagen à 110-125 an

Java-Aufarbeiter à 130-145 an

Java-Umblatt à 150-190 an

Mexiko-Decke ff. 450 an

Brasil à 150-190, Decke à 350 an

Havana à 350 an, Cuba à 200 an

Domingo à 120-170 an

Carmen à 120-155 an

Uckermärker Ia. à 105 an

Losgut Blattware, à 105 an u. Deck- blatt-Kamponagen à 125 an

Wickelformen, gebrauchte, gut er- haltene Schiffsen-Abbrüche gratis und franco.

Pressen zu 12 Formen, oben u. unten verschraubt, Holzfuß u. Goldbrudplatte in sehr harter Aus- führung, fedrige Träger, sonst 11 Mk. nur. 10 Mk.

Presskasten, Bündelböcke, Roll- brett, Arbeitsmesser, Lack, Papir, Band, Ringe, Etiketten. Gummi-Tragant.

Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe.

Zelbstpreise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3% Skonto. Verlangen Sie Preisverzeichnis.

Krankheitshalber ist alle

kleine Zigarrenfabrik

zu äußerst günstigen Bedingungen sehr billig zu verkaufen. Er- forderlich sind 1500 bis 3000 Mk. Auf Wunsch bleibt früherer Inhaber mitbeteiligt, welcher aber wegen Krankheit zeitweise nicht mit tätig sein kann. Für sehr soliden tüchtigen Zigarrenmacher passend. Offerten unter Nr. 47 an die Exped. d. Bl.

Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1, 9. [10

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Carl Roland, Berlin SO. 25

Kottbuserstrasse 4. [5

Sumatra-Tabake M. 1,60, 2,50, 3,20, 3,50, 3,80, 4,00, 5,50. Vorstenland-Decken M. 2,70, 3,10, 3,60. Java-Einlage M. 1,20, 1,30, 1,40. Java-Umblatt M. 1,75, 1,85. Brasil M. 1,30, 1,50, 1,85. Alle anderen Tabake billigst; reellste Bedienung.

Gelesene Tabak-Arbeiter

Bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Unserer Kollegin Frau Pauline Lemche zu ihrem am 4. März stattfindenden 25jährigen Verbands- jubiläum die herzlichsten Glück- wünsch.

Die Mitglieder der Sabinele- Ortes.

Briefkasten.

Brieg 70 an

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.

Verzolltes Lager aller Sorten Tabake u. Kontor Bünde-Bahnhof

Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.

Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit drahtmatlichem Zolkkredit.

Spezialität in Sumatra- u. Vorstenland-Decktabaken.

Nur tadellos weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.

Grosses Lager in Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havana usw.

Verlangen Sie Preisliste und Muster.

Probe-Postkoll aller Sorten auf Wunsch.

Guterhaltene Proben ausverkaufter Tabake Durchschnittspreis

fr. I. Sortierung per Pfund 3.00 Mk. verz.

fr. II. Sortierung per Pfund 2.50 Mk. verz.

Deckblatt-Tabake: III. Sortierung per Pfund 2.00 Mk. verz.

von Umbl- u. Einlage-Tabaken: 4. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt, II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt

Geschnittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10 Mk. verzollt [17

Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel und Neberechnung. Jeder Versuch führt zu geregelter Verbindung.

Besondere Beachtung: G. Riensdorf, Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, C. Deichmann.

